

Breslauer Zeitung.



Biwöchlicher Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Postkarte 1½ Sgr.

Nr. 279. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenwendt.

Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 19. Juni 1867.

Demokraten und Diplomaten an der Mainlinie.

Bon Ludwig Bamberger.

I. Die Demokraten.

Es ist jetzt gerade ein halbes Jahr verstrichen, seitdem die Bevölkerung des Großherzogthums Hessen sich durch ihre Landtagswahlen in die lebhafteste Auseinandersetzung versetzt fand. Alles drehte sich damals um die Frage, ob die Wahlen, als Ausdruck des Volkswillens, für oder gegen den Anschluß an den norddeutschen Bund entscheiden würden. Heute nun ist erst das letzte Wort in dieser Sache gesprochen worden, und zwar in ganz anderer und entscheidender Weise, als nach dem Ergebnis der Wahlen damals an deren Schlusse angedeutet schien. Denn bei der ersten Überzählung der Stimmen war die Abstimmung unwidersprechenden Maßen dahin ausgeschieden, daß eine — wenn auch schwache — Mehrheit gegen den Anschluß aus der Wahl hervorgegangen sei. In vielfachem Widerspruch zu dieser Annahme hat nun am 4. Juni die Kammer mit 32 Stimmen gegen 15 sich für den Eintritt in die Union erklärt.

Wenn aber je alle Umstände sich vereinigten, um einer Entscheidung inneres Gewicht beizulegen auf den Grund hin, daß ihr das Zeugnis langsamster Prüfung und fester Entschließung zu Hilfe komme, so güt es bei dieser. Zur Zeit der ersten Überzählung der Wahlergebnisse glaubte man, die erwartete Mehrheit gegen die Union werde aus zwei Bestandtheilen zusammengesetzt sein: einmal aus denjenigen Abgeordneten, welche gegen den Eintritt stimmen würden, um dem Wink der für sie maßgebenden Landesregierung zu gehorchen; zum Andern aus denjenigen, welche an den Vorgängen in Preußen und im bevorstehenden Reichstag ihrer freistinnigen Grundsätze wegen Anstoß nehmen würden.

In der abgelaufenen Zwischenzeit nun konnten diese beiderlei Abhaltungsgründe nur an Nachdruck gewonnen haben. Auf der einen Seite hat die Regierung ihren Anhängern kundgethan, daß sie den Anschluß „für dermalen unräthlich und unthunlich“ erachtete, und es bedarf wohl keines besonders vertraulichen Umganges mit ihr, um zu wissen, daß sie sich über solche Unthunlichkeit nicht zu Tode krafft. Auf der anderen Seite haben die Verhandlungen im Reichstag und in der preußischen Kammer den Widersachern und Verächtern der Union ein gutes Quantum Wasser auf ihre Mühle geführt. Rechts wie links konnte also die Versuchung, den Eintritt in den Bund von sich zu weisen, nur neue Nahrung gefunden haben.

Gleichwohl hat die Kammer sich mit 32 Stimmen gegen 15 für den Eintritt erklärt, d. h. mit einer Majorität von zwei Dritttheilen der Abstimmenden, einer Majorität also, welche sowohl in gesetzgeberischen als in geschäftsführenden Versammlungen für die Geltung der allermächtigsten, statutändernden Beschlüsse als hinreichend angesehen wird. So viel liegt hier — ohne jede künstliche Interpretation — auf der Hand: eine Überlegung von sechs Monaten, verbunden mit der Beobachtung des Gangs der Dinge, hat jedem, der sich nicht gerade verirrt hat, am Buchstab jedes einmal ergriffenen Stichwortes zu sieben, die Einsicht aufgeduldigt, daß der Zutritt zum Bunde ein unvermeidliches Gebot für die Wohlfahrt des Landes und die Ordnung seiner Angelegenheiten sei, nicht minder für die des gesamten Vaterlandes.

Unter den Parteien, welche zu jener Zeit in Hessen gegen die Union auftraten, zeigte sich eine durch Hestigkeit und geschickte Regsamkeit aus. Ihr hatte ein glücklicher Zufall den Namen der „demokratischen“ bescherkt. Jetzt wäre der Augenblick gekommen, zu zeigen, daß man den demokratischen Lehrläsen die Ehre gebe. Der erste derselben ist bekanntlich die Unterwerfung unter den Ausspruch der Mehrheit, und nicht zwar als Huldigung gegen die Gewalt der größeren Zahl, sondern als freiwillige Anerkennung, daß das Zusammentreffen der mehreren Stimmen auf einen Bescheid das Zeichen sei, an welchem das Wahre und Richtigste erkannt werde.

Hier also hat eine imposante Majorität in dem Meinungstreit: ob Annehmen oder Ablehnen? gesprochen, und ein guter Demokrat muß von nun an diesem Spruch thatsächliche Geltung zu verschaffen bedacht sein, bis einst die veränderten Umstände ihm erlauben werden, von Neuem die Sache zur Entscheidung zu bringen. Er muß es hier um so mehr, als eine Menge von Nebenumständen besonders dazu angethan sind, dem ergangenen Spruch außerordentlichen Nachdruck zu geben.

Einigen dieser Umstände haben wir bereits herausgehoben: nämlich welche Gewalt zwingender Gründe erforderlich war, um binnen sechs Monaten die Mehrheit gegen Wind und Strömung von einer Seite der Kammer auf die andere hinüberzuführen. Das ist aber noch lange nicht Alles. Denn lösen wir nur gar die Minderheit von nicht ganz einem Dritttheil Stimmen in ihre hemischen Bestandtheile auf, so finden wir, wägnd statt zu zählen, das spezifische Gewicht der Minoritätsstimmen möglichst schwach. Unter den 15 Stimmen gegen die Union befinden sich nur zwei freisinnige. Alle dreizehn übrigen gehören theils der ultramontanen, theils der obrigkeitlichen Reaction an; dreizehn, mit anderen Worten, sind zu ihrem Endurtheil nicht durch Beitrachtungen hingekommen, welche entfernt etwas mit den bestimmenden Gründen eines Demokraten gemein haben können. Sie stehen auf einem ganz fremden Boden, betrachten den Willen und die Rechte des Volkes mit ganz anderen Augen; ja es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet: die Gestaltung der Demokratie kann nur da sein, wo sie nicht sind. Und wenn noch diese 13 Gegner wirklich die Vertreter von 13 Wählerschaften wären, die selbst nicht weiter hinauswollen als ihre Erwählten. Allein es sind unter diesen dreizehn wiederum nur neun, welche in gleichem Maßstabe wie ihre Collegen der Majorität Gesamtheiten von Staatsbürgern hinter sich haben. Die restirenden vier sind nur von dem „mit Grundeigenthum angesehnen Abel aus seiner Mitte gewählt“, entsprechen also nur einer ganz kleinen Zahl von Einwohnern, auf welche normaler Weise noch lange nicht ein Deputirter käme. Hier gelangen wir also zu dem Ergebnis, daß nach dem Grundsatz moderner Gleichberechtigung das Verhältnis statt 15 zu 32 sich wie höchstens 12 zu 32 stellen würde. Mit anderen Worten: hätten wir nicht eine zweite Kammer, die veralteter Weise die Vertretung eines besonderen privilegierten Standes in sich schließe, so würde sich eine Mehrheit von Dreivierttheilen aller Stimmenden für den norddeutschen Bund erklärt haben.

Aber auch hiermit ist für einen guten Demokraten die Reihe der Verlegenheiten und Widersprüche noch nicht zu Ende. Mit dem besten seiner Argumente kommt er ganz eigenhümlich in die Klemme. Dies beste aller Argumente beruht doch ohne Zweifel in der Angabe, daß er nicht gewillt sei, die mit gewissen Bürgerschaften ausgestattete hessen-darmstädtische Verfassung durch die Unterordnung unter die so mangelhafte norddeutsche zu vernichten. Nun ist aber — wohlgemerkt — die erste

Voraussetzung einer jeden Verfassung, daß sie überhaupt einen praktischen Einfluß auf die Regierung des Landes haben müsse, und es besteht wohl wenig Unterschied zwischen einem Staat, der gar keine Stände hat, und einem solchen, dessen Stände in den hochwichtigsten Angelegenheiten vergeblich ihre Stimme erhöhen. Soll daher die hessische Verfassung überhaupt existiren, so verlangt man das als ersten Beweis, daß der Ausspruch der Kammer über eine der wichtigsten Landesangelegenheiten zur Geltung gelange. Mit anderen Worten: halten die zwei demokratischen Abgeordneten so große Stücke auf die Verfassung, daß sie um ihretwillen nicht in den norddeutschen Bund eintreten wollen, so müssen sie vor Allem begehrn, daß die Regierung, constitutionell handelnd, das thue, was ihr die Stände vorschreiben. Willigen sie hingegen, daß der Eintritt unterbleibe, so billigen sie die Verleugnung derselben Verfassung, um derenwillen sie die Trennung aufrecht erhalten wollen. Also nicht bloß nach den Grundsätzen der Demokratie, sondern auch nach denen des constitutionellen Staatsrechts ist die Durchführung des Kammerbeschlusses zu verlangen.

Dazu kommt nun eine letzte Schlussfolgerung. Zur Zeit nämlich, als Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau mit Preußen vereinigt wurden, erhob ein Theil der Demokratie unter dem Vorgang des allvereinigen Johann Jacoby feierlichen Protest gegen die Einverleibung selbständiger Landesstaaten, weil der Wille ihrer Bevölkerung nicht durch das Organ der Kammern seine Zustimmung erklärt habe. Nun vermag aber kein Unterschied wahrgenommen zu werden zwischen der Lage eines Landes, welches ohne die Einwilligung seiner Stände einem anderen incorporirt wird, und der Lage eines Landes, welches gegen den ausdrücklichen Willen seiner Stände von einer Vereinigung abgehalten wird. Während noch theilweise für die Vermuthung Raum bleibt, daß gewisse Kammern dem Verlangen der preußischen Regierung entgegengekommen wären, haben wir hier die Gewissheit, daß der durch die Stände des Landes bekundete Wille der Bevölkerung unerhört bleibt. Dieselbe Partei also, welche die preußischen Annexionen als eine Verkennung des Selbstbestimmungsrechtes verdammt, muß jetzt alle die verdammen, welche dazu mitwirken, an Hessen die Rechtsverleugnung auszuüben, die darin besteht, daß es aus dem Kreise des Bundes ausgeschlossen gehalten wird.

So hätten wir eine Aufforderung dritter Art an unsere Demokraten. Als Anhänger der Volkssovereinheit müssen sie dem Ausspruch der Majorität dienen; als treue Verfassungskämpfer dem Ausspruch der Kammer; als Vertheidiger des Selbstbestimmungsrechtes müssen sie der hessischen Bevölkerung gegen dieselbe Vergewaltigung zu Hilfe kommen, gegen die sie in Schleswig-Holstein und Hannover protestierten.

Mögen nun die zwei demokratischen Abgeordneten in ihrer Einsamkeit mit sich austauschen, wie sie sich in Zukunft mit ihrer Consequenz abfinden wollen. Man behauptet ja, daß Einzelhaft besonders dazu geeignet sei, den schlummernden Keim zur Belebung in verstöcktem Sinn zu wecken, und sie müssen sich doch ganz verzweift unheimlich und einsam vorkommen, wenn sie sich so ganz allein zwischen den Mauern ihrer dreizehn Reactions-Collegen eingesperrt finden.

Diejenigen aber, welche bei der Wahlbewegung für die deutsche Einheit aufgetreten waren, können jetzt mit Genugthuung auf ihren Ausgangspunkt zurückschauen. Alle freistinnigen Mitbürger über das ganze Land hin — mit Ausnahme zweier Stimmen — haben ihren Standpunkt gutgeheißen und zwar unter den bedeutungsvollsten Umständen.

Breslau, 18. Juni.

In Bezug auf die Reconstruction des Zollvereins schreibt unser Berliner ==Correspondent:

Nach sicherer Angabe stände es um die Entschließungen Bayerns hinsichtlich des Zollvereins günstiger, als es im Allgemeinen den Anschein hat. Man verschließt sich hier nach in maßgebenden Münchener Kreisen nicht der unerlässlichen Notwendigkeit des Anschlusses und es seien eben nur noch formelle Bedenken zu erledigen. Jedenfalls werden die nächsten gemeinsamen Schritte nach dieser Richtung hin nicht eher unternommen werden, als bis die Zustimmung sämtlicher Zollvereinsstaaten gesichert ist.

Von anderer Seite wird aus München gemeldet (s. unten), daß der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe mit seinem Rücktritt gedroht habe, wenn Bayern sich nicht an den Zollverein wieder anschließe. Der Zollverein befindet sich in einer ähnlichen Krisis, wie unmittelbar nach dem Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages. Die süddeutschen Regierungen machen allerhand Schwierigkeiten, um nur den preußischen Forderungen auszuweichen; sie opfern lieber das materielle Wohl der Bevölkerung — denn um dieses allein handelt es sich bei dem Anschluß an den Zollverein — ehe sie auch nur das Geringste von ihrem Souveränitätsdunkel aufgeben. Bei jeder Forderung nämlich, die Preußen aufstellt, sei es auch, wie hier in der Zollvereinsfrage, zu ihrem eigenen Wohle, glauben sie ihre Souveränität in Gefahr. Gegenüber dieser Hartnäckigkeit und Widerstandsfähigkeit, von welcher die süddeutschen Regierungen, wie die norddeutschen früher nicht minder, bei jeder Gelegenheit die eclatantesten Beweise liefern, gegenüber diesem frankhaften Anklammern an die Souveränität gibt es bei uns immer noch gutmütige Leute, welche meinen: ach, die Idee der Einheit werde schon durchdringen; wenn nur Preußen recht freisinnige Gesetze gebe u. s. w., so werden die süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen förmlich zu Preußen hinüberspringen. Ja wohl wird die Idee der Einheit durchdringen, aber nicht ohne Anwendung eines gilden Zwanges, der auch zur Förderung der Idee in etwas derbe Gewalt übergehen kann, wenn es nicht anders gehen will. Mit freisinnigen Gesetzen zwingt Ihr die Souveräne eben so wenig, wie mit sentimentalster Liebe und Einheitschwärme!

Lehnlich sieht es aus mit den militärischen Vereinbarungen mit den süddeutschen Staaten; auch hier wehren sie sich, so lange es irgend geht. Die Gefahr vor Frankreich ist ja scheinbar vorüber; jetzt steht wieder die Erhaltung der Einzel-Souveränität auf der Tagesordnung. Über diese Vereinbarungen sind neuerdings wieder vielfach zum Theil einander widersprechende Nachrichten in Umlauf gesetzt, welche auch diese Sache in einem ziemlich ungünstigen Lichte erscheinen lassen, namentlich so weit sie die Besitzungen von Rastatt oder gar von Mainz betrifft; gelegentlich begegnet man auch Darstellungen, welche an Concessionen an Frankreich glauben lassen wollen. Es wird nun, wie uns derselbe Berliner Correspondent schreibt, versichert, daß die stattgehabten Verhandlungen noch in keiner Weise so weit gefördert waren, um zu solchen Unzuträglichkeiten zu führen, und daß man von Berlin aus gar nicht weitergegangen war, als zu der Darlegung des Wunsches einer möglichst gleichartigen Gestaltung der süddeutschen und norddeutschen Contingente. Von österreichischem Einspruch gegen die Verabredungen mit Darmstadt ist nichts zu hören.

Unter den Correspondenzen aus England ist jedenfalls der Bericht über die Unterhausfassung vom 14. d. welchen wir vollständig mittheilen, das Wichtigste, infsofern er nicht nur auf die gegenwärtige Stellung der europäischen Mächte zu einander, sondern namentlich auch auf die Stellung des gegenwärtigen Torycabinets zum Parlament ein sehr bemerkenswerthes Eich

Rastatt wird als offne bezeichnet, aber dagegen auf das Entschiedenste versichert, daß in Bezug auf das jetzige Verhältnis zu Mainz eine Änderung weder zu erwarten sei noch auch diesseits bewilligt werden würde.

Unter Österreich theilen wir die Vorlagen mit, welche Frhr. v. Beust zur Befähigung echt constitutioneller Gesinnung dem Abgeordneten-Hause gemacht hat; in Bezug auf das Concordat hat derselbe noch keinen Schritt gewagt.

Wie der Telegraph bereits gemeldet hat, ist dem italienischen Abgeordneten-Hause durch den Finanzminister das Mahlsteuergesetz, sowie das über die Aufhebung des Zwangscourses der Banknote für das erste Semester 1868 vorgelegt worden. Auf die Anerkennung der Dringlichkeit für das erstere Gesetz, welche von dem Abg. Minghetti beantragt worden war, ist das Abgeordnetenhaus nicht eingegangen und hat im Gegenteil dem Finanzminister beigestimmt, der das Gesetz nicht vor 1869 in Anwendung gebracht haben will. In Bezug auf die mit dem Hause Erlanger projectierte Kirchengüterconvention haben die Minister des Innern und der Finanzen der Kammer-Commission, welche darüber Bericht zu erstatten hat, alle von ihr gewünschten Auskünfte mit der Erklärung abgegeben, daß die Convention allerdings etwas übersteilt und in allzu elastischen Ausdrücken abgefaßt sei. Es könnten jedoch Modificationen darin Platz greifen, die jeden Gewissensscrupel mehrerer Barquiers bezüglich der Beteiligung an diesem Projecte, dessen Ausführung sich nun einmal als dringende Nothwendigkeit herausstelle, zu befeitigen geeignet sein würden. Nachdem noch die Minister die Versicherung ertheilt hatten, daß das Gesetz über Aufhebung der religiösen Körperschaften in allen seinen Bestimmungen unverbstlich aufrecht gehalten werden solle, soll die Commission sich ziemlich befriedigt erklären haben. — Bezüglich der Debatte der einzelnen Budgets hat die zweite Kammer behufs schleuniger Erledigung der Gegenstände den Beschuß gefaßt, nur jene Punkte zu discutiren, in denen die betreffenden Bericht erstattenden Commissionen von den Ansichten der Regierung abweichen. — Wie man aus Turin schreibt, müssen auf Befehl Rattazzi's die Centren der römischen Emigration, wie sie zu Florenz, Udorno, Genua, Turin, Mailand, Bologna, Ancona und Perugia bestehen, aufgelöst werden. Die Emigranten sind in die kleineren Orte dieser Provinzen zu vertheilen, doch so, daß an keinem Orte mehr als ihrer zehn beisammen sind.

Die Nachrichten aus Frankreich stellen es immer mehr außer Zweifel, daß bei der Fürstenzusammenkunft in Paris die allgemeine Entwicklung nicht zur Sprache gebracht und daß von den jetzt noch schwedenden gruben Fragen insbesondere die cädiotische Frage zu einer specielleren Erörterung gelangt ist. Es soll nämlich, was die letztere betrifft, auf einer im Hotel der russischen Botschaft abgehaltenen Ministerconferenz in der That der französisch-russische Botschlag, der Pforte eine internationale Enquête über die Angelegenheiten Candias zu empfehlen, angenommen werden seim, doch will man wissen, daß die Vertreter Englands und Österreichs darauf bedacht gewesen seien, zu bemerken, daß ihre Regierungen sich durch die Beschlüsse der mit der Untersuchung betrauten gemischten Commission nicht für gebunden erachteten.

Die türkische Gesandtschaft in Paris verbreitet jetzt sbrigens unter dem Titel „la Turquie et l'Europe“ eine Broschüre, bestimmt, die öffentliche Meinung vor Ankunft des Grossherrn über die Verhältnisse der Türkei und über die Rolle aufzuläuren, welche Asien und Griechenland in der orientalischen Angelegenheit spielen. „Die sogenannte Insurrection auf Creta“ — sagt die Broschüre — „ist eine Intrigue und Europa würde sich zum Mittelpunkt dieser Intrigue machen, wenn die Großmächte sich zur Einmischung in diese Angelegenheiten verleiten ließen.“

Mit wie wenig Glüce, wie wir bei dieser Gelegenheit bald mit erwähnen wollen, Omer Pascha auch in der jüngsten Zeit gegen die Insurgenten auf Kreta operirt hat, ist durch den Telegraphen in mehrfachen Meldungen übereinstimmend constatirt worden. — Was die Besprechung der deutschen Verhältnisse bei Gelegenheit der in Paris stattgefundenen Zusammenkünfte betrifft, so versichert man namentlich, daß Graf Bismarck blos ganz im Allgemeinen die Einhaltung der jüngst abgeschlossenen Verträge als den Standpunkt, welchen Preußen einzunehmen gedente, bezeichnet, dabei aber auch nicht verhehlt habe, daß das Werk deutscher Einigung nicht auf die Dauer zu verhindern sein werde. In Hinsicht auf die sowohl dem Grafen Bismarck als dem Fürsten Gortschakoff zugeschriebenen Aeußerungen über das Verhältnis Preußens zu Asien und umgelehrte wird man jedenfalls gut thun, die größtmögliche Vorsicht obzuwalten zu lassen. Daß Baron Blixen-Finecke keine bestimmten Sicherungen in Bezug auf die von Dänemark gewünschten Concessions im Sinne des Artikels V. des Prager Friedens von Paris mit fortgenommen habe, ist allerdings sehr begreiflich. — Was die innere Politik anlangt, so dient den neuesten französischen Blättern der Bericht Gressier's über das Militärgezetz als Hauptthema der Besprechung. Man wird sich erinnern, daß der ganze Streit zwischen Regierung und Commission sich bisher hauptsächlich um zwei Prärogative der Kammer gedreht hatte, um die Fixirung des Effectivestabes der Armee und um die jährliche Votirung des Contingents durch den gesetzgebenden Körper. Die Regierung wollte ein für alle Mal 800.000 Mann als Minimum zugestanden haben, das wohl überschritten werden könnte, doch unter das hinab nicht gegangen werden dürfe. Die Commission ficht für den Grundsatz, daß die Kammer sich nur von der jedesmaligen europäischen Lage leiten und nicht von vorn herein binden lassen dürfe. Es handelte sich nun darum, eine Fassung zu finden, die beiden Theile zusagte. Der Art. 1 des vereinbarten Gelegenheitswurzes gestellt nun zwar 800.000 Mann zu, doch ohne den Zusatz als Minimum, und Art. 2 wählt die jährliche Votirung des Recruitirungsgezesses; aber mit Recht wird von den Blättern hergehoben, daß die jetzige Fassung dieser Artikel noch wenig bestimmt sei; die Kammer wird daher hier noch nachhelfen müssen. Sobald man aber, bemerkt die „R. 3.“ ganz richtig, aus dem Zwielicht zu klaren Umrissen vorzuschreiten sucht, wird der alte Riß sich wieder zeigen und es ist daher sehr begreiflich, daß die Regierung sowohl wie die Majorität die Discussion scheut. Die neueste Tattik beider Theile besteht nun darin, die Berichte erst längere Zeit auf das Volk wirken zu lassen und, von der öffentlichen Meinung getragen dann so oder so das Armeen-, Pres- und Versammlungsrecht durchzusetzen. Dieser Tanz wird voraussichtlich erst nach der Sessionspause, also im September oder Oktober, losgehen. Die öffentliche Meinung ist gegen ein Minimum von 800.000 Mann aus hundert Gründen. Wogegen eine so ungeheure Steuerlast, wenn der Kaiser es mit der Friedenspolitik ernst und ehrlich meint? fragt die Bourgeoisie, und die Chauvinisten rufen voll Unwillen aus: Weshalb nur 800.000 Mann und nicht sofort das Doppelte, wenn es im nächsten Jahre an den Rhein gehen soll?

Unter den Correspondenzen aus England ist jedenfalls der Bericht über die Unterhausfassung vom 14. d. welchen wir vollständig mittheilen, das Wichtigste, infsofern er nicht nur auf die gegenwärtige Stellung der europäischen Mächte zu einander, sondern namentlich auch auf die Stellung des gegenwärtigen Torycabinets zum Parlament ein sehr bemerkenswerthes Eich

wirft. Was den von Disraeli (siehe „London“) vorgelegten Plan der Neu-eintheilung der Unterbausse betrifft, so glaubt ihn eine Correspondenz der „A. B.“ mit Recht als einen Mißgriff im conservativen wie im liberalen Sinne bedauern zu müssen, da die vorgeschlagene Vertheilung unmöglich eine bleibende sein und da dieselbe somit der Reformliga nur eine willommene Handhabe zu einer neuen gewaltigen Agitation bieten würde. Von den englischen Blättern wirft insbesondere die „Times“ einen sehr ernsten Blick auf das bei der Krönung des Königs von Ungarn entwinkelte Schaugepräge, indem sie meint daraus schließen zu müssen, daß Ungarn jetzt mit der Forderung auftritt, eine hervorragendere Stellung im Reiche einzunehmen und mehr als eine Provinz desselben zu sein. „Es giebt aber“, sagt sie alsdann, „keine Macht ohne Fortschritt, ohne Wechsel, ohne Verschmelzung, ohne Einheit, ohne Verbesserung, ohne das Verschwinden alter und die Entstehung neuer Nothwendigkeiten. Ungarn kann mit Recht nach seiner großen Geschichte Anspruch auf eine größere und höhere Rolle machen, aber in einem solchen Anspruch liegt ein großer Einschluß. Bei dem Streben nach Macht steht es die Individualität auf's Spiel. Wenn Ungarn über seine Vergangenheit hinausschreitet, so wird ihm das eigene Selbst und sein historisches Bild in dem Strudel des Wechsels verloren gehen.“

Aus Spanien meldet man der „Elb. Blg.“, daß sich die Königin Isabella allerdings in argen Geldverlegenheiten befindet, weil Schwester Patricia ic. Alles absorbire, indem sei die von der „Ind. belge“ gebrachte Nachricht, daß die Königin in London ihre Juwelen verkauft habe, durchaus unbegründet; das Juwel, welches in London verkauft wurde (eine auf 60,000 Pfaster geschätzte Uhr), habe einst zum Palastschatz gehörte und sei später in den Besitz der Königin Christine übergegangen.

In Betreff des Kaisers von Mexico melden Newyorker Telegramme vom 14. Juni, daß das Kriegsgericht, vor welches derselbe gestellt werden sollte, bereits abgehalten worden; die Verhandlung sei jedoch nur geheim geblieben und über die Entscheidung nichts bekannt. Ein anderes Telegramm von früherem Datum will wissen, daß die Generale des Juarez gegen jede Nachsicht gegen Maximilian protestirt hätten und der „Courrier des Etats Unis“ vom 1. Juni schreibt: „Die von Herrn Seward an Juarez adressirte Petition, in welcher gebeten wird, bezüglich Maximilians nachstichtig zu handeln, hat seitens des mexicanischen Siegers eine höchst ungünstige Antwort zur Folge gehabt. Dieser fordert den Kopf seines berühmten Gefangenen kraft des Princips der Repressalien.“

Deutschland.

W. Berlin, 16. Juni.) [Neue Steuern. — Ultramontanes.] Die projectierte Erhöhung der Tabaksteuer ist enorm und wird der Consumtion derart schaden, daß das berechnete höhere Steuererträgnis tief herabstinkt. Dabei wird zugleich der inländischen Produktion und der bedeutenden Tabakindustrie ein harter Stoß versetzt, so daß das erwartete Mehrerträgnis sich in das Gegenteil wenden könnte. Wenn einmal Consumsteuern zulässig sind, so ist eine Tabaksteuer vielleicht die am meisten zu rechtfertigende; wo aber, wie in Deutschland, in Folge andauernder geringer Besteuerung der Tabak fast zum Volksnahrungsmittel geworden ist, da weckt eine plötzlich enorme Erhöhung der Steuer doppelte Bedenken. Die Steuer für inländischen Tabak ist vor wenigen Jahren erst abgeschafft. Damals erkannte selbst die Regierung an, daß unser ungünstiger Boden eher eine Prämie als eine Steuer für den Tabakbau rechtfertigen würde, und jetzt soll eine wahrhaft enorme Besteuerung eingeführt werden. Die finanziellen Reformtendenzen drängen auf Abschaffung der Consumsteuern, welche meist zugleich Gewerbesteuern sind; der ganze, durch die Bundesverfassung eingeschaffte Besteuerungsmodus involviert deshalb einen Rückschritt, der auf Preußen um so härter drückt, als wir seit der Militärreorganisation schon eine ebenso hohe Quote an Militärosten aufbringen, wie solche durch die Bundesverfassung erfordert wird. Für die Heraufschraubung der Einnahmen aus den indirekten Steuern hat das preußische Volk ein Äquivalent durch Abschaffung oder Herabsetzung anderer Steuern zu fordern; denn die Überschüsse an die Kleinstaaten zu verschaffen, daran denkt doch die Regierung nicht, und sie in den Kriegsschach abzuführen, das hieße: das tote Capital dem lebendigen über den Kopf wachsen lassen. Möge die Regierung auf ihren Anteil an der Mahl- und Schlachsteuer verzichten, dann wird sie die öffentliche Meinung für die Tabaksteuer gewinnen. Aber wir wissen aus Erfahrung, wie schwer

*) Zu spät zur Post gegeben, daher erst Montag Abends in unsere Hände gekommen.
D. Red.

es hält, wie es unmöglich ist, eine alte Steuer loszuwerden. Für Reichstag und Landtag wird die Sache um so kritischer, als die neuen Steuern Bundessteuern sind, also von jenem genehmigt werden müssen, während die Abschaffung alter Steuern die Sache des Landtages ist. Nun tritt der Reichstag früher zusammen als der Landtag, die Steuererhöhung wird also zuerst berathen, während bei der Berathung für die vor ein ganz anderes Forum gehörige Steuerberatung im Reichstage nichts geschehen kann. Die schon im vorigen Jahre in der Breslauer Zeitung hervorgehobenen Gefahren des Nebeneinanderlaufens zweier parlamentarischer Körperschaften, die beinahe denselben Wirkungskreis haben, treten in der Praxis noch viel greller zu Tage, als es in der Theorie schien. Das Bedürfnis drängt auf Vereinfachung der complicirten Maschinerie. Entweder müssen die Vertreter der Kleinstaaten in den preußischen Landtag treten — und das wäre für die Sache der Freiheit weit vortheilhafter — oder der preußische Landtag geht im Reichstage auf. — Während aus der Rheinprovinz von einer Feindseligkeit der Ultramontanen wider die Socialdemokraten gemeldet wird, beweisen die schriftstellerischen Producie der Ultramontanen, daß diese eine Allianz mit den Socialisten sehrlich wünschen, mit welchen letzteren sie der gemeinsame Haß gegen das freistützige Ultratherum verbindet. Eine im badischen Freiburg erschienene sogenannte „Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland“, herausgegeben von dem Redakteur der jesuitischen „historisch-politischen Blätter“ in München, Tourn, ist von A bis Z eine Schmähung von Schulze-Delitzsch und des Genossenschaftswesens und zeigt eine bis zur Tollheit steigende Vorliebe für Lassalle und die Lassalleane. Lassalle wird als das Genie aller Genies, als das größte Lumen der Neuzeit gepriesen; das halbe Dutzend Socialisten wird mit der deutschen Arbeiterbevölkerung identifiziert, obwohl es nicht einen Vertreter in den Reichstag bringen konnte. Die Tendenz des Buches ist eine Aufhebung zur Revolution, und zwar zu einer Revolution, welche den ganzen gesellschaftlichen Bau in Trümmer schlagen und die Bourgeoisie im Blute erstickt soll. Auf der Trümmerstätte soll sich dann die Kirche im Glanze des Mittelalters erheben und die Gesellschaft auf Grund der christlichen Liebe wieder aufbauen.

W. Berlin, 17. Juni. [Preußen, Russland und Österreich. — Wahlverein der Fortschrittspartei.] Die Anwesenheit des Czaren ruft selbstverständlich zahlreiche Gerüchte von einer preußisch-russischen Allianz wach. Die Gerüchte sind wohl meist Ausflüsse der in feudalen Kreisen und darüber hinaus gelegten Wünsche; sie können aber, bei der Hinneigung unseres Hofs zum russischen Kaiserhause, leicht zur Wahrheit werden. Wir sind in das diplomatische Ge-triebe nicht eingemeist, aber der simple Menschenverstand vermag doch die internationalen Verhältnisse im Großen und Ganzen zu übersehen und vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes aus erscheint eine russisch-preußische Allianz als die größte Gefahr nicht nur für die Freiheit, auch für die Grenzen Preußens und Deutschlands. Der bei der Moskauer Puppenausstellung bis zum Wahnsinn gestiegerte Deutschenhaß beweist uns, wo wir unsere fanatischen Feinde zu suchen haben. Mehr als von Frankreich haben wir von Russland für unsere Sicherheit zu fürchten und unsere natürliche Vormauer im Südosten ist Österreich, dessen Existenz auch für uns eine Lebensbedingung ist. Die panslavistische Propaganda treibt einen Keil in das Herz Deutschlands, bedroht uns mit der Losreihung von Polen, West- (und in Consequenz auch Ost-) Preußen und einigen slavischen Kreisen Schlesiens; ein russisch-französisches Bündnis müßte, wenn Österreich zertrümmert, der panslavischen Überflutung preisgegeben wäre, Deutschland in seinen Schlangenwindungen zerquetschen. Es kann deshalb nicht im preußischen Interesse liegen, durch eine Allianz mit dem Czarenreich die Russen nach Konstantinopel, Krakau und Pest zu führen. Das heile Deutschland für die Verschlingung reif machen. Unser natürlicher Verbündeter gegen den Osten wie gegen den Westen ist deshalb Österreich. An der Donau ist, wie ich aus zahlreichen Wiener Privatbriefen versichern kann, die vollste Bereitwilligkeit für das Zusammensein mit Preußen vorhanden. In den Geschäftigkeit der Pariser „Situation“ hat das Wiener Cabinet nicht den geringsten Anteil. Daß Beust nicht die geringen Vorteile, die der Prager Frieden dem Kaiserstaate sichert, freiwillig, ohne jedes Äquivalent preisgeben will, wird ihm kein Vernünftiger verdenken. Wird denn Bismarck den in dem Friedensdocumente stipulierten Vorteil Preußens auf einen frommen Wunsch der Habsburg hin preisgeben? Wir müssen ein Äquivalent finden, das Österreich für das Ausgeben seines Widerspruchsrechtes gegen die Überschreitung der Mainlinie

entschädigt. Dieses Äquivalent kann nicht in Erwerbungen an der unteren Donau bestehen, denn durch solche Annexionen würde Österreich nur noch mehr ein undeutscher, barbarischer Staat werden. Es liegt in unserem Interesse, daß deutsche, also auch das liberale Element in Österreich zu stärken und dadurch die slavischen Horden niedergehalten. Vor dem Kriege projektierte Bismarck ein unlöbares Bündnis des ganzen Deutschlands (nicht nur Süddeutschlands, wie im Prager Frieden vorausgesetzt ist) mit dem Kaiserstaate. Solches Bündnis ist jetzt erst möglich geworden. Es würde die preußische Hegemonie nicht antasten, aber eine Gemeinsamkeit der politischen und materiellen Interessen zwischen den Deutschen in Österreich und denen im Reich anbahnen und dadurch die geistige Gemeinsamkeit zur unerreichbaren machen. Wir haben übermäßig Zeit, das Für und Wider sorgsam abzuwagen*,), denn vorläufig kennt die auswärtige Politik der Habsburg nur ein einziges Ziel, die Erhaltung des Friedens. Ein preußisch-russisches Bündnis würde aber jede Möglichkeit der Verständigung zwischen Deutschland und Österreich ausschließen und unsere unversöhnlichsten Feinde, die 70 Millionen Slaven, kräftigen. — Die Fortschrittspartei wird neben dem national-liberalen Programm kein Gegenprogramm aufstellen. Sie glaubt nicht Verheißen machen und Hoffnungen werden zu dürfen**), wo es gilt, das zu bewahren, was wir an Rechten besitzen. Auch hält sie es für richtiger, daß die Forderungen der Partei aus der politischen Thätigkeit des Volkes, namentlich aus der Discussion in Vereinen sich herausarbeiten, als daß einige Männer die Fixirung der Forderungen unternehmen, die wohl im Großen und Ganzen genau dieselben sein müssen, wie sie während des Verfassungskampfes aufgestellt wurden, aber unter gänzlich veränderten Verhältnissen im kleinen und Einzelnen nicht den früheren Forderungen congruent sein können. Die Hauptaufgabe der Partei muß nach den innerhalb der Partei selbst herrschenden Anschaungen, dahin gehen, die erlahmte politische Thätigkeit zu beleben, das Volk selbst in die Arena zu berufen und ihm die Wahl zwischen den divergirenden Richtungen zu überlassen***). Zu diesem Behufe hat das von der Partei eingesetzte Dreimänner-Comite am Sonnabend mit Delegirten aus den biegsigen Reichstags-Wahlbezirken über die Begründung eines „Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei“ berathen. Der Statutenentwurf ist äußerst einfach, der Zweck des Vereins ist ganz analog dem des Breslauer Wahlvereins (über den sie in Berlin oft genug gesprochen haben. D. Red.). In diesem auf die Wahlen, Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen, begrenzten Wirkungskreise liegt der Vorzug vor den Bezirkvereinen, die sich mit allen möglichen Dingen beschäftigen, dadurch äußerst segensreich wirken, aber nicht mit voller Kraft bei den Wahlen auftreten können. In etwa vierzehn Tagen soll auf Basis der Constitution des Wahlvereins eine große Versammlung berufen, gleichzeitig soll auf die Gründung ähnlicher Vereine in den Provinzen hingearbeitet werden.

= Berlin, 17. Juni. [Die Verhandlungen wegen Nordschleswig. — Die Parade.] Die Nachricht von einer baldigen Regulirung der Abtreitung nordschleswiger Distrikte an Dänemark und zwar ohne vorhergehende Abstimmung findet Glauben; wegen der von hier aus bekanntlich gewünschten Garantien wird noch verhandelt. Es scheint diese Lösung auch die wahrscheinlichste zu sein, an Herausgabe von Alsen oder Düppel, wovon einige französische Journale faseln, könnten natürlich nur Leute glauben, welche von den realen Verhältnissen auch nicht die leiseste Ahnung haben! — Die heutige große Parade für den Czaren auf dem Tempelhofer Felde nahm den gewohnten Verlauf und war merkwürdiger Weise — denn wir haben hier vollkommen winterliche Temperatur und ziemlich häufige Regenschauer — von gutem Weiter begleitet. Der Kaiser, der Großfürst, der König und sämtliche preußischen Prinzen, die Frau Kronprinzessin zu Pferde und die übrigen königlichen Prinzessinnen zu Wagen, sowie eine überaus große und glänzende Suite nahmen die Parade über die etwa 20,000 Mann starken Garnisonen von Berlin und Potsdam und die Ulanen- resp. Kavaller-

*) Dieses „Für und Wider“ abzuwagen, dürfte auch sehr nothwendig sein; denn Österreich — wir meinen das ganze Kaiserreich — wieder in unsere deutsche Entwicklung hineinzuziehen, hieße den Kampf von vorn beginnen. Der Süden Deutschlands muß zu uns kommen, und er wird kommen. D. Red.

**) Sie hat früher dieselben Verheißen gemacht und dieselben Hoffnungen geweckt; wir widersprachen auch damals, jedoch ohne Erfolg. D. Red.

***) Hätten sie das nur früher gethan! Aber die Abgeordneten standen ja über dem Volke. D. Red.

△ Aus dem befreiten Benedig.
II. Die Finanzen. — Ministerkrisis. — Die Luxemburger Frage. — Zeitungen und Wochenschriften. — Verfahren gegen „Rigoletto“. Im Jahre 1848 hatte Ober-Italien von Österreich für die Summe von 10 Millionen Fr. das Recht erkaufst, von dem österreichischen Papiergeld verschont zu bleiben, von da ab curst nur Silber und Gold, speciell in Benedig, wo man schon damals nach Francs rechnete. Durch die Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien ist das Silbergeld fast ganz verschwunden und, wie in Österreich, eine wahre Überschwemmung von Papiergeld eingetreten. Es gibt 5-, 10-, 25-, 50- und 100-Francs-Noten (eigentlich lire italiane, die gleich einem Franc gelten). Um für den Verkehr die nothwendige kleine Münze zu erlangen, sind sogenannte „Volksbanken“ (banca del popolo) eingerichtet, welche Noten zu 1 Franc ausgeben. Silberfrankenstücke bekommt man gar nicht zu sehen. Silber und Papier differirt oft 8 bis 10 pCt. Am häufigsten sieht man noch österreichische Silbergulden- und Viertelguldenstücke. Das massenhafte Verschwinden des Silbergeldes erklärt sich zum großen Theil daraus, daß die Capitalisten mit Vorliebe die italienischen Staatspapiere, deren Cours sehr niedrig ist, ankaufen, da ihnen dann 100 Francs Silber 10 pCt. brachten. Natürlich werden so dem Verkehr und dem Handel, namentlich aber dem Ackerbau die Capitalien entzogen und die Folgen treten mit jedem Tage klarer hervor. Vergebens bemüht sich die venetianische Presse, die Regierung zur Abhilfe zu bewegen, namentlich dem Grundbesitzer durch Errichtung von Creditinstituten aufzuhelfen, weshalb im Mai d. J. eine Anzahl von Bankiers zusammengetreten ist, um auf Aktien eine venezianische „Boden-Credit-Anstalt“ zu errichten, ebenso hat eine Privat-Gesellschaft die allmäßige Cultur der römischen Campagna in die Hand nehmen müssen, da die Regierung der allgemeinen Organisation ihre Ausführsamkeit vorerst zuwenden und ihre eigene Existenz sichern muß.

Die verschiedensten Finanzminister haben bisher vergeblich danach gestrebt, der drohenden Gefahr des Staatsbankrupts entgegenzuwirken; der neue Finanzminister Ferrara scheint mit seinen Plänen ebenfalls zu scheitern. Schon als er das Portefeuille übernahm, knüpfte man an seinen ominösen Namen („Ferrara“ mit Eisen beschlagen) allerhand schlimme Vermuthungen, und „Rigoletto“, ein satirisch-humoristisches Blatt Benedigs, das die Namen des neuen Ministeriums Rattazzi mit Randglossen brachte, bemerkte bei Ferrara: „Jetzt wo die Staatskasse geleert ist — bleibt uns nichts, als die Macht des Eisens; wollte Ferrara Gold schaffen, so hätte er damit seinem Namen schweres Unrecht.“ Die gesammte italienische Presse hat das neue Ministerium mit Misstrauen begrüßt und namentlich Rattazzi, der nun zum 3. Male an der Spitze des Ministeriums steht, zum 5. Male Minister ist, wird

stark angefeindet. „Sein Name bedeutet für Italien Unglück“, schreibt die „Gazzetta ufficiale di Venezia“, und „Rigoletto“ eröffnet zum Besten des Volks eine Zahlenlotterie und empfiehlt die Nummern: 48. Novara — 59 Villafranca — 62 Apramonto und sagt bei: „wenn man ihn (Rattazzi) nur gewähren läßt, so wird er zu dieser Terne bald die Quaterne uns verschaffen und dann ist das Glück Italiens — gemacht!“ — Fast bei allen Kreisen des neuen Staatslebens in Italien wird Urban Rattazzi genannt; er war nicht nur 5 Mal Minister, wir sahen ihn auch 2 Mal als Präsidenten der subalpinischen Kammer und auch als Präsidenten der 1. Kammer des Königreichs Italien; aber fast immer erlag er der Ungunst der politischen Verhältnisse und den Anfeindungen seiner Gegner. Auch diesmal sollen die Tage seines Ministeriums gezählt sein!

In der Luxemburger Frage war die öffentliche Meinung durchaus für strenge Neutralität, da Italien sowohl gegen Frankreich als auch gegen Preußen Verpflichtungen habe; wenn aber Italien 100,000 Mann zu Frankreichs Armee stoßen lasse, so sollten denselben nur — sagt Pasquino — dieselben Feldherren gegeben werden, welche im vorigen Jahre gegen die Österreicher bei Custozza gekämpft haben. Lissa und Custozza sind noch in Uller Munde und der Proceß Persano wurde mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, sein endlicher Ausgang aber bitter kritisiert.

Die Aufregung, welche die zuletzt und über Nacht aufgetauchte, europäische Frage hervorgerufen hatte, war auch in Italien groß, trotzdem die römische und die Finanzfrage die ganze Aufmerksamkeit der Italiener in Anspruch nehmen sollten. Die Zeitungen machten vortreffliche Geschäfte und die großen und kleinen liegenden Buchhändler und Zeitungskäufer, welche ihre Waare mit lauter Stimme ausrufen und anpreisen, griffen zu den originellsten Enten und Depeschen, um die Käufer zu locken. Schlag 6 Uhr stürmen die kleinen Burschen mit wildem Gechrei aus den Druckereien der Zeitungen und dringen Fremden und Einheimischen für wenige Soldi die neuesten Nachrichten auf. Der Eine meldet die Räumung Luxemburgs, der Andere den Einmarsch der Preußen in Frankreich, ein Dritter die Ankunft Victor Emanuels in Benedig u. dgl. Alles mit durchdringender Stimme und fühlarem Schwenken eines Zeitungsexemplars.

In Benedig selbst erscheinen mehrere größere Zeitungen, außer der „Gazzetta ufficiale di Venezia“ noch der „Corriere di Venezia“ und „il gallo“, sowie der schon erwähnte satirisch-humoristische „Rigoletto“, eine Art „Kladderadatsch“. Die Presse genießt große Freiheit und macht auch davon den vollsten Gebrauch, freilich überschreite sie manchmal die Grenze des Schicklichen. So wurde am 7. April „Rigoletto“ konfisziert, weil darin das Bild eines triquinthaligen Thieres abgedruckt war, mit der Unterschrift: porco galantuomo.

Die Art und Weise, in der aber diese Beschagnahme von Seiten der Polizei vorgenommen wurde, hat die allgemeine Entrüstung hervorgerufen und ist in den schärfsten Ausdrücken gefaßt worden. Ohne Zuziehung von Zeugen und in Abwesenheit des Redacteurs drang der betreffende Polizeibeamte Sonntags in das Verwaltungslocal und von da sogar in die Schlafzimmern, nahm eine Menge Briefschaften, die mit dem incriminierten Artikel durchaus keinen Zusammenhang hatten, in Besitz, ließ darauf die sämtlichen 4 Bogen des Textes, anstatt nur den Satz des incriminierten Artikels, von seinen Begleitern zerstören und entfernte während der folgenden Nacht die von der Redaction durch die ganze Stadt verstreuten Maueranschläge, welche dem Publikum einfach die Confiscation mitteilten. „Und dergleichen Übergriffe der Polizei kommen in Benedig vor, das erst vor wenig Tagen vom Drucke der Fremdherrschaft befreit worden ist, die sich doch nie in dieser Weise drückend gezeigt hat“ — schreibt „Rigoletto“ in der nächsten Nummer vom 14. April — denn in solchen Fällen begnügte sich die österreichische Polizei, die Druckerei zu versteigern und gab ein Verzeichniß der mit Beschlag belegten Papiere.

(Fortsetzung folgt.)

Paris, den 6. Juni 1867.
Industrie-Ausstellung.

V. Das Mobiliar.

Bei der Betrachtung der in der Galerie des Mobiliars vereinigten Kunstsarbeiten ist es leicht, sich zu überzeugen, daß die Kunstscheiner seit der Ausstellung von 1855 erste Fortschritte gemacht hat. Dank den unaufhörlichen Entdeckungen der modernen Wissenschaft, einige Jahre haben genügt, den Händen des Arbeiters mit stärkeren und sichereren Mitteln zu Hilfe zu kommen, um sein Material den Launen der Kunst fügsam zu machen.

Dem Style der Ausschmückung fehlt, wie wir bereits bemerkten, die Originalität, aber er bezeugt augenscheinlich die gewissenhaftesten und einstichtsvollsten Studien der Vergangenheit; und die Vorstadt St. Antoine könnte unbefragt ihre Produkte Seite bei Seite der aristokratischen Originale, von denen sie eingegeben, austauschen. Hat man aber auch eine allgemeine Vorstellung von dem Anblick, den die Werkstatt einer Kunstscheinerie gewährt? Das ist eher ein Museum, als ein Arbeitsaal. Man findet dort oft authentische Typen verschiedener Epochen von unberechnbarem Werthe, Bruchstücke der Antike neben Statuen der Renaissance ic. Gypsabgüsse sind im Überfluß vorhanden, und nichts wird gespart, im Künstler die bildliche Idee zu wecken oder die aufs Neuerste getriebene Inspiration zu unterstützen. Wenn es einem Haushalt gelungen, in gewuldiger Weise und für schwere Opfer eine

Regimenter der Kaiser Alexander II. und Nicolaus I. von Russland ab. Eine ungeheure Zuschauermenge war herbeigeströmt, aber durch ganz außergewöhnliche Vorkehrungen (die ganze Schutzmannschaft war aufgeboten) ziemlich fern von der Revue gehalten worden. Dies ereigte großen Unwillen, doch ging es ohne erhebliche Exzesse ab. Ein Major vom 1. Garde-Regiment stürzte und brach das Bein, auch ein Garde-Ulan hat sich erheblich verletzt.

[Das Centralbüro des Zollvereins] hat eine Uebersicht über die Anpflanzung, den Ertrag und Preis des Tabaks im Bereich des Zollvereins während des letzten Jahres veranstaltet. Die Anpflanzungen haben in den alten Landesteilen Preußens 25,976 Morgen betragen, wovon auf Brandenburg allein 8617, auf Pommern 5184, und so weiter auf die anderen Provinzen mit stark fallender Zahl kommen. In den neuen Landesteilen wurden 3387 Morgen mit Tabak bebaut und in den mit Preußen im engeren Verbande stehenden Ländern und Länderebieten, wie Anhalt u. s. w. 1822 M. Im übrigen Zollverein hatte Baiern 22,192, Sachsen 84, Württemberg 786, Baden 33,669, das Großherzogthum Hessen 5113, der Thüringische Verein 838, Braunschweig 1/2 Morgen, Oldenburg gar nichts mit Tabak bestellt. Der Ertrag in den alten Provinzen belief sich auf 197,245 Ctr., in den neuen auf 33,067, in den mit Preußen im engeren Verbande stehenden Ländern und Länderebieten auf 11,622 Ctr., in Baiern auf 166,249, in Sachsen auf 1015, in Württemberg auf 8450, in Baden auf 300,082, im Großherzogthum Hessen auf 41,087, im Thüringischen Verein auf 8110, in Braunschweig auf 13 Ctr.

[Eine Cabinetsordre Friedrich Wilhelms III.] Ich erlaube mir, Ihnen folgende Cabinetsordre Sr. Majestät Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1823 mitzuteilen, deren Veröffentlichung von allgemeinem Interesse sein dürfte:

Ich habe das Kriegsgerichts-Erkenntniß, welches den Lieutenant v. Blücher des 1. Husaren-Regiments wegen Verwundung des Schauspielers Stich durch einen Dolchstich zu einem 3jährigen Festungsarrest verurtheilt, heute bestätigt, obwohl die Schwere des Verbrechens gesetzlich eine weit härtere Strafe verdient hätte. Wenn jedoch die Mehrzahl der Mitglieder des Kriegsgerichts den Beweggrund, von der Strenge des Gesetzes abzugehen, daraus hergenommen hat, daß der Lieutenant v. Blücher sich bei dem Vorfall im Stande der Nothwehr befunden habe, indem er, von dem Schauspieler Stich in seiner Bekleidung erkannt und angegriffen, sich seines Dolches um so mehr habe bedienen müssen, als ihm bei seinem schwächlichen Körper kein anderes Mittel zur Erhaltung seiner Ehre übrig geblieben sei, so kann ich nur dieser unrichtigen und höchst verdammungswürdigen Ansicht um so mehr Mein lebhaftes Missfallen zu erkennen geben. — Ich will nicht, daß die Offiziere meiner Armee die Aufrechterhaltung der Würde des Standes in der blutigen Erwiderung selbstverschuldeten Beleidigungen suchen, sondern ich fordere von Ihnen, daß sie dieselbe durch ein anständiges und stiftliches Vertragen und durch Unterlassung von Handlungen bewahren, die nach den Gesetzen der Moral und der Ehre gleich verwerlich sind. Ich trage Ihnen auf, dieses der Armee bekannt zu machen und bemerke dabei, daß es schmerzlich ist, durch diese Veranlassung einen gesetzten Namen auf solche Weise berührt zu sehen. (Woltsz.)

[Das Hoflieferantenhum] wird durch den Untergang des Welfenreichs nicht geändert. Den bissigen böhmer, königlich hannoverschen Hoflieferanten" ist gestaltet worden, "Ihr bisheriges Prädicat auf den preußischen Hof lautend umzuschreiben". So soll das Hofmarschallsamt die Metamorphose ausgedrückt haben.

Tilsit, 14. Juni. [Nicht bestätigung.] Unser freigemeindlicher Prediger Herrndörfer soll durchaus nicht Stadtrath werden. Nachdem bekanntlich seine Wahl von der Gumbinner Regierung nicht bestätigt worden ist, hat nunmehr auch das Ober-Präsidium die desfallsige Beschwerde unserer Stadtverordneten für unbegründet erklärt.

(R. n. 3.)

Oldenburg, 13. Juni. [Vom Hofe.] Bei der großherzoglichen Familie weilen gegenwärtig der König Otto von Griechenland und dessen Gemahlin, Halbschwester unseres Großherzogs, zum Besuch. König Otto ist erst in den letzten Tagen hier eingetroffen; er sieht wohler aus als in früheren Jahren.

Kiel, 16. Juni. [Schiffsbau.] Auf der Werft für eiserne Schiffe des Herrn Howaldt jun., die noch nicht 2 Jahre besteht, wird in diesen Tagen bereits das siebente Schraubenschiff vollendet und dann sofort zu regelmäßigen Fahrten zwischen Kappeln und Kiel verwendet werden. Die bereits weiter bei Herrn Howaldt gemachten Bestellungen, darunter ein großes Schraubenschiff, welches eine bissige Actiengesellschaft auf Gothenburg in Fahrt setzen wird, werden nicht mehr auf der jetzigen Werft in Angriff genommen, sondern schon auf der Werft der Norddeutschen Actien-Schiffbau-Gesellschaft, deren technischer Director Herr Howaldt werden wird, gebaut werden. Die Arbeiten haben auf dem Areal der Gesellschaft bereits begonnen; bedeutende Sandhügel, welche sich auf demselben unmittelbar hinter dem flachen Uferlande erheben, liefern in bequemster Weise das Material für die Auf-

schlüttungen. Die Bodenbeschaffenheit ist übrigens zum großen Theil eine sehr günstige, indem sich fester Lehmgroß in bedeutender Ausdehnung am Ufer hinzieht, und auch den für die Anlagen zum Theil noch mit bestimmten Hafengrund bildet. Definitive Bestellungen des Marineministeriums werden erst erfolgen, sobald die Anlagen soweit gebiehen sind, daß die Arbeit sofort beginnen kann. Doch ist bekanntlich die sicherste Aussicht auf Arbeiten für den Saat vorhanden; vermutlich werden zuerst ein oder zwei Panzerschiffe aufgelegt werden. (G. R.)

Trier, 16. Juni. [Werurtheilung in Sachen der Reichstagswahlen.] Ein junger Mensch aus Trittenheim wurde vom Polizei- (Appell-) Gerichte zu Trier zu drei Monaten Gefängnis, zu einer ansehnlichen Geldbuße und zu zweijährigem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt, da derselbe überführt war: bei den jetzt stattfindenden Wahlen drei ineinander gewickelte Stimmentzel in die Wahlurne gelegt zu haben. Wie man auf's Bestimmteste erklärt, liegt der gedachten Ungezogenlichkeit mehr dummer Späß als irgend eine politische Absicht zu Grunde. (Dr. 3.)

Frankfurt a. M., 16. Juni. [Pressprocesse.] In der gestrigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts, wo die confiszierten Nummern 131 des „Stuttgarter Beobachters“ und 159 der „Neuen Badischen Landeszeitung“ zur Vernichtung verurtheilt wurden, wurde dagegen die confisierte Nummer 136 des „Stuttgarter Beobachters“ freigegeben. Der incriminierte Artikel besagter Nummer 136 sprach das Pariser Attentat auf den Kaiser von Russland und machte unter Anderem die Bemerkung, daß gewaltsame Unterdrückung der Nationalität fanatischen Hass erzeugen müsse, mit Hinzuflug einer Warnung an Preußen, auf dem Wege der Einigung durch Gewalt nicht weiter vorzugehen. Die Freilegung der Nummer seitens des Gerichts wird folgendermaßen motiviert: Es sei kein unerlaubter Ladel gegen die preußische Politik in dem incriminierten Artikel vorhanden, da Preußen notorisch mittels des Krieges die Einigung angebahnt habe. Auch sei der Ausdruck „Gewalt“ in dem Artikel nur als Gegenfaß zur freien Selbstbestimmung gebraucht und keine formelle Injurie im Artikel enthalten. (N. Pr. 3.)

München, 17. Juni. [Minister-Präsident Fürst Hohenlohe] hat seine Entlassung angeboten, falls die am 4. Juni in Berlin geschlossene Uebereinkunft in Betreff der Reconstruction des Zollvereines die Königliche Ratification nicht erhalten. Der Fürst anerkennt in seinem Berichte an den König, daß die Anerkennung der Uebereinkunft in einigen Punkten wünschenswerth wäre, doch notthiegt die Unmöglichkeit einer Zoll-einigung mit Oesterreich-Baiern zur Annahme der Vorschläge Preußens. (M. fr. Pr.)

Oesterreich.

Wien, 17. Juni. [Aus dem Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung kam eine Zuschrift des Kriegsministeriums folgenden Inhalts zur Verlehung:

„Das Kriegsministerium beeht sich, dem öblischen Präsidium in der Anlage ein Exemplar des Entwurfes eines Wehrgesetzes und ein Exemplar eines allgemeinen Entwurfes eines Wehraufgebotes mit dem Erlichen zu überfendern, das öblische Präsidium wolle die Gesetzentwürfe der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen.“

Gleichzeitig beeht sich das Kriegsministerium, einen Abdruck der kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1866, betreffend einige Änderungen des Heeresergänzungsgesetzes vom Jahre 1858, mit der Erklärung beizubringen, daß, naddem die Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung im Wesentlichen mit dem Entwurf des Wehrgesetzes identisch sind, selbsterklärend jene Abänderungen und Beschlüsse, welche an dem Entwurf des Wehrgesetzes getroffen werden, und eventuell im Falle der Ablehnung des Wehrgesetzes auch diese, gleichzeitig in Bezug auf diese kaiserliche Verordnung Geltung haben werden. (Bravo!)

In Bezug auf das Wehrgesetz erlaube ich mir noch zu bemerken, daß es sich empfehlen würde, jene Punkte vor Allem der Beratung zu unterziehen, welche „allgemeine Prinzipien berühren und daher eine allgemeine Anwendung erfordern“. (Folgt die Aufzählung dieser allgemeinen Punkte.)

Unterzeichnet ist diese Zuschrift von dem Kriegsminister Baron John. Präsident: Ich werde die Vertheilung der Regierungsvorlagen veranlassen. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort. (Allgemeine Spannung.)

Minister-Präsident Baron Beust: Ich bitte um die Erlaubnis, im Anschluß an die eben gehörte Regierungsvorlage noch einige weitere Gesetze vorzutragen einzubringen.

Ich habe dem hohen Hause vorzulegen: zunächst einen Gesetzentwurf, betreffend diejenigen Abänderungen des Grundgesetzes für die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861, welche notwendig werden in Folge der Vereinbarung mit Ungarn;

ferner einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 13 des geplanten Grundgesetzes;

dann einen Gesetzentwurf über die Minister-Verantwortlichkeit;

endlich einen Gesetzentwurf, betreffend die Delegationen.

Gleichzeitig sei es mir erlaubt, auch noch eine ferne Mithilfe dem

hohen Hause zu machen. Es hat das Abgeordnetenhaus in Folge einer an die Regierung gerichteten Interpellation und einer Petition, welche an das hoh. Haus gelangt ist, seine Aufruhrskraft bereits einem Gegenstande zugewendet, welcher auch in weiteren Kreisen die Gemüther lebhaft erregt hat — ich meine die Frage der sogenannten Befestigung Wiens.

Es sind über die Umstände und Beweggründe, welche das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit leiteten und ebenso über die Bedeutung dieser Maßregel durch den Herrn Kriegsminister theils im hohen Hause, theils im Petitions-Ausschuß erschöpfende Auskünfte ertheilt worden. So sehr die Regierung ihrerseits an ihrer Ansicht betreut der Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Maßregel festhält, für deren Dringlichkeit die jüngsten Ereignisse den Maßstab an die Hand gegeben haben, so hat sie es doch als ihr höchstes und überwiegendes Bedürfniß erkannt, an der Aufsichtlichkeit der bezüglich des constitutionellen Systems ertheilten kaiserlichen Bulle keinen Zweifel aufkommen zu lassen. (Beifall.) Die Regierung hat daher die Frage der verfassungsmäßigen Behandlung in Erwägung zu ziehen gehabt und da sie hierbei zu der Ansicht gelangen mußte, daß die Bewilligung der Mittel für die Befestigung der Hauptstadt des Reiches eine gemeinsame Angelegenheit des Letzteren sei, daher vor den für die gemeinnützigen Angelegenheiten bestimmten Vertretungskörper gebre, letztere Repräsentanz nicht sofort, sondern erst später zusammengetreten könnte, so hat auf Antrag des Ministerrates Sc. Majestät zu befehlen geruht, daß die Fortsetzung der Arbeiten eingestellt werde. (Lebhafter Beifall.)

* * Wien, 17. Juni. [Die Sistirung des neuen Wehrgesetzes und der Befestigungs-Arbeiten.] Die übrigen Regierungs-Vorlagen. — Die Regierung hat heute einmal einen entschieden glücklichen Tag gehabt, und zugleich hat Baron Beust den augenscheinlichen Beweis geliefert, daß seine Macht, selbst der sonst allgemeinen Generaladjutantur gegenüber, zur Stunde noch eine sehr große ist. Die Frage ist nur: wird dieselbe auch in der Concordatsfrage ausreichen und wird der Minister das Eisen rechtzeitig schmieden, weil es noch heiß ist? Dann könnte er in der That für Oesterreich werden, was Stein und Hardenberg für Preußen waren. Traurig und deprimirend aber bleibt bei alledem der Gedanke, daß die großen Siege, die Beust heute erfochten und deren Bedeutung wir weit entfernt sind zu unterschätzen, doch nur das Unheil redressiren, welches seit dem Prager Frieden angerichtet worden ist; und daß selbst ein heute immer noch sehr zweifelhafter Triumph über das Concordat uns am Ende doch auch immer erst auf den Punkt zurückverkehren würde, wo wir 1854 standen, und der bekanntlich ebenfalls keine besonders tröstlichen Aussichten für die Zukunft bot. Herr v. Beust also konnte heute dem Abgeordnetenhaus anzeigen, daß die Befestigungsarbeiten um Wien eingestellt seien und es so lange bleiben würden, bis daß Geld dafür im verfassungsmäßigen Wege bewilligt sein werde; sowie daß das neue, die allgemeine Wehrpflicht begründende Recruitirungsgesetz in den Erblanden, wie es in Ungarn bereits geschehen ist, der constitutionellen Behandlung unterzogen und nur in so weit zur Anwendung gebracht werden soll, als es die Billigung des Reichsrates finden wird. Beide Concessionen mußten für den Conseil-präsidenten um so schwerer zu erreichen sein, je augenscheinlicher das Arme-Ober-Commando seinen festen Entschluß, diese zwei Sachen zu brüksken und dem Parlamente über dem Kopfe zusammenzunehmen, kundgegeben. Die Sistirungs-Aera lag bereits in den letzten Tagen, als am 28. Dezember 1866 das neue Wehrgezetz octroyirt wurde, gegen dessen Inhalt am Ende nicht viel einzuwenden wäre. Nachdem aber die Regierung auf die erste Einsprache des Pester Landtages dasselbe in Ungarn suspendirt hatte, mußte es in höchstem Grade verlehn wirken, daß in den Erblanden die einmütigsten Ansprüche aller Landtage, auf gleichem Fuße mit Ungarn behandelt zu werden, vornehm ignorirt und selbst die Forderungen unseres Reichsrates, gleich dem ungarischen Parlamente nicht die lege lata, sondern die lege ferenda angehört zu werden, vollständig überholt wurden. Weit böser noch war's, daß just zehn Tage vor dem Zusammentritte des Reichsrates die Befestigung Wiens mit einem Eiser in Angriff genommen wurde, der ordentlich über die Schanzen aus der Erde stampfte, und daß die Organe der Militärbehörden dem Reichsrath höhlich zuriefen, das sei nun einmal ein fait accompli, daß er als Angebinde der Sistirungsperiode mitnehmen müsse und zu dem er nur einfach das Geld zu bewilligen habe, da all' sein Geschrei an dem Beschlusse, aus der Reichshauptstadt eine Festung zu machen, nicht das Geringste ändern werde. Dieser zweite Conflict wäre ohne die heutige Nachgiebigkeit der Regierung bereits in dieser Sitzung acut geworden, da der Petitionsausschuß — auf eine Bittschrift des Gemeinderathes gegen die Fortificationsarbeiten eine Resolution beantragte: dieselben seien sofort einzufallen, da sie ein Schlag in's Gesicht der Reichsvertretung und der Gnadenstoss für allen Constitutionismus seien. Diese beiden Conflicte sind nun freilich besiegt,

der beim Aufheben ein Juwelenkästchen erblicken lädt, welches ein verträumlicher Bräutigam vielleicht ein wenig zu groß finde. Was würde es doch sein, wenn es sich darum handelt, die Schubladen zu füllen? Die Thür, welche das Möbel verschließt, stellt das Innere eines griechischen Hauses dar; die Farben hat man mit Hilf von Beizen erlangt, welche das Holz in seiner ganzen Dicke durchdringen.

Weiterhin ein Schrank der Renaissance, ohne Zweifel einzlig in seiner Art; denn das Material aus dem er geschnitten, wird wenig angewandt in der Kunstschrinerei. Dieses Möbel, aus 3 Stücken bestehend, ist aus Holz und Stein verfestigt. Die Eiche bildet das Holzwerk, Steine von Chavigny die Füllungen. Die Sculpturen sind von ausgezeichneter Zartheit und erinnern durch ihre Reinheit des Styls an die beste Zeit der Renaissance; aber wenn das Werk auch mehr original als anziehend ist, so bietet es den wichtigen Vortheil, daß es nicht dem ersten Beilen zum Raube fallen kann: es wiegt 5600 Pfund. Man fordert 50,000 Franken dafür, wobei das Pfund noch nicht zu hoch angeschlagen.

Gaston Mireil.

* * Die „Gewerbehalle“. Organ für den Fortschritt in allen Zweigen der Kunst und Industrie, redig. von W. Bäumer und J. Schnorr" (Stuttgart J. Engelhorn) sucht sich auch in dem laufenden Jahrzehnt ihren Freunden und Abnehmern immer unentbehrlicher zu machen. Die uns vorliegenden ersten vier Lieferungen desselben erhalten wiederum eine Menge antiker und moderner Ornamente und Motive verschiedener kunst-industrieller Gegenstände, sowie wissenschaftliche Aufsätze und zahlreiche praktische Notizen und bieten Kunstdarsteller das beste Hilfsmittel, den stets wachsenden Ansprüchen des Publikums an edle künstlerische Formen zu genügen. Wir empfehlen daher die „Gewerbehalle“ als künstlerischen Malzbegr und Musterbuch aufs Angelegentlichste.

Zur Erinnerung an die Ereignisse des vorigen Jahrs.

15. Juni. Preußen erlässt seine Sommationen an Sachsen, Hannover und Hessen. — Die preußischen Truppen rücken in der Nacht vom 16. in Sachsen ein bei Niessa, Dahlen, Burzen, Prinz Friedrich Carl bei Lübau. — General Vogel v. Falckenstein marschiert auf Hannover, König Georg zieht sich mit der hannoverschen Armee nach Göttingen zurück.

16. Juni. Die preußische Regierung richtet eine amtliche Erklärung an die auswärtigen Höfe über ihre Maßregeln. General v. Mantoux überstreitet bei Harburg die Elbe. General Herwarth v. Bitzfeld erlässt nach dem Einmarsch eine Proclamation an die Sachsen; der König von Sachsen desgleichen eine Proclamation an sein Volk; General v. Beyer marschiert gegen Kassel.

17. Juni. Die Preußen besiegen Bauzen, Meissen und Zittau und rücken gegen Dresden. — General Vogel v. Falckenstein rückt in Hannover ein. — Die preußischen Kanonenboote „Arimontius“ und „Cyclop“ überfallen und nehm die Strandbatterien bei Brunshausen. — Die Österreicher sprengen die Eisenbahnbrücke bei Oświęcim.

18. Juni. Die Preußen besiegen Dresden und Leipzig. — Manifest des Königs von Preußen.

mit vereinzelten Ausnahmen dem heimischen Wohlbehagen nichts. Neues zu Diensten gestellt.

Welcher Ordnung soll man folgen unter dieser Fülle von Kunstuwerken? Es ist am besten auf's Gerathenwohl zu wandern. Man hat nicht zu fürchten, seine Blicke durch wertlose Gegenstände abgelenkt zu sehen; überall reiche, graziose oder eigenthümliche Typen, die zur Beobachtung einladen. Wir nennen im Vorbeigehen die Bemerkenswertheften. Hier vorab ein ungeheueres Bett im Style Ludw. XVI. Das fein geschnitzte Holz gleicht zum Verwechseln den getriebenen Bronze; die Vorhänge bestehen aus Stoffen mit Seidenstickerei geziert, welche in ähnlicher Weise den Bettihimmel deckt. An der Seite ein Schrank aus Ebenholz im Style der Renaissance, getragen von eleganten Bogen und mit zartem Laubwerk aus Birnbaumholz bedeckt. Die Schnitzwerke sind nicht auf den Füllungen angebracht; sie durchdringen vielmehr in ihrer ganzen Dicke die Wände. Das obere Gefäss wird von vier Karyatiden, sehr klar aus Buchbaum geschnitten und die 4 verschiedenen Welttheile mit ihren Attributen darstellend, getragen. Die Musen der Malerkunst und Bildhauerkunst, gleichfalls aus Buchbaum, nehmen die beiden oberen Ecken ein, überragt von einem griechischen Tempel, auf dessen Schwelle die kriegerische Pallas erscheint, den Wurfspieß in der Rechten und den Schild am linken Arm. Dieses kleine Wunder stellt eine dreijährige Arbeit dar und das respectable Capital von 55,000 Francs.

Nähe bei diesem Schranken ist ein anderer desselben Zeitalters aus brauem Nußbaum mit Lapis ausgelegt und unterstutzt von zwei Chimären mit Weiberköpfen und den Körpern eines Windhundes. Gott und Göttin des Krieges sind in den Nischen der Seitenwände untergebracht, während die Frontfüllung mit einer mythologischen Scene in halberhabener Arbeit geschmückt ist.

In Bezug auf Möbel zu 50,000 Franken hier ein anderes. Es ist ein Münzschrank aus Cedernholz und seine 50 Schubladen sind so genau eingepaßt, daß man sie ohne Unterschied verwechseln kann. Die Thüre ist aus einer großerartigen Darstellung aus oxydierter Bronze und reicher Ausführung gebildet. Meroväus, der Sieger über Attila, wird im Triumphe auf einem Wagen geführt der mit 8 Ochsen bespannt, wovon der eine in ungestümer Weise sich seitwärts wendet und dabei an einen Cadaver stößt. Der König der Franken hält in der Hand die Fama, die Lanze der Sage; er ist umgeben von seinen Großen, deren wilde Blicke und Geberden sehr glücklich dargestellt sind. Zwei bekränzte Ochsenköpfe bilden die oberen Ecken des Möbels, eine Gruppe von Salamander verwickelt sich am Fuße und seine Spitze wird von einer Trophäe gallischer Waffen gekrönt.

Die Gallerie ist das duftendste der Hölder, man könnte nicht galanter wählen als ein Möbel, welches wir nahe bei dem Münzschrank umgeben.

doch steht ferneren Zerwürfnissen wohl Thür und Thor offen, seitdem die Vermählung, Erzherzog Albrecht werde lieber das Armee-Ober-Commando niederlegen als nachgeben, und dieser Entschluß zur Beseitigung jener Würde führen, sich nicht bestätigt hat. Jedenfalls muß erst die Zukunft lehren, wie neben einem kaiserlichen Prinzen als selbstständigen Arme-Ober-Commandanten ein constitutioneller Kriegsminister bestehen soll. Daraus wird auch das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, welches Baron Beust heute einbrachte, wenig bessern. Die anderen heutigen Vorlagen sind die in der Thronrede verheissenen: Aufhebung des Octroyirungsparagraphen und die beiden Entwürfe, welche der Ausgleich mit Ungarn notwendig macht, Umgestaltung des Gesetzes über die Reichsvorstellung, sowie eine Bill über die zukünftigen Reichsdelegationen. Justizminister Komers kündigte außerdem ein Gesetz über die Einführung der Geschwornengerichte an.

Frankreich.

* Paris, 15. Juni. [Besichtiglich der Abreise des Königs von Preußen] liest man in dem „Journal de Paris“: „So wenig Sympathien wir für die Politik des Berliner Cabinets haben, so sind wir doch zu sehr Freunde der Wahrheit, um nicht zu constatiren, daß die Person, die Haltung und das Auftreten dieses Souveräns einen ausgezeichneten Eindruck hervorgebracht haben, und zwar nicht allein in der offiziellen Welt, sondern auch bei dem großen Publikum. In dieser Hinsicht läßt vielleicht König Wilhelm bessere Erinnerungen hier zurück als irgend einer der Herrscher, die bis jetzt unsere Ausstellung besucht haben. Allerdings scheinen wir daraus noch nicht, wie es die „Nord. Allg. Zeit.“ zu ihm scheint, daß der Weltfriede für immer gesichert ist.“ — Ueber einen Besuch des Königs in der Ausstellung erzählte man noch Folgendes: Als er die ungarische Abtheilung in der Ausstellung besuchte, präsentierte ihm der ihn empfangende königlich ungarische Commissar Terey ein Glas Tokayer, welches er lächelnd mit den Worten leerte: „Auf das Wohl Ihres neugekrönten Königs.“ Dieser Toast machte auf die anwesenden Ungarn nicht geringen Eindruck. — Während der König Wilhelm in Paris war, wurden nahezu 500 Gesuche um Verleihung preußischer Orden auf der preußischen Gesandtschaft eingereicht; die Leute waren theils Franzosen, theils Fremde, welche die Gelegenheit benutzen wollten. Auch an 200 Gesuche um eine Audienz wurden an den Grafen Bismarck gerichtet; er hat aber kaum zehn dieser Geschäftsteller zu sprechen Muße gefunden. — Einem alten Gebräuche gemäß werden im Stadthause die Büsten derjenigen Monarchen aufgestellt, welche dasselbe besucht haben. Baron Haussmann hat daher bei dem Bildhauer Clesinger bereits für das Hotel de Ville die Porträts-Büsten Kaiser Alexanders und König Wilhelms bestellt.

[Der Vicekönig von Egypten] traf heute in Toulon ein und wurde von den Kanonen der Forts und Schiffe salutirt. — Der Vicekönig, der bisher nur Wali (was die Franzosen „General-Gouverneur“ übersetzen) hieß, führt nunmehr wirklich Titel und Rang des Vicekönigs (Kidromi-el-Masir), den die Pforte ihm bisher verweigerte und der ihm nur aus Courtoisie von den Mächten gegeben wurde. Der Vicekönig hat jetzt auch das Recht, Handels- und Schiffsahrts-Verträge mit fremden Mächten zu schließen, deren Ratification freilich erst nach erlangter Approbation durch die Pforte erfolgen darf; früher konnten nur durch die Pforte solche Verhandlungen angeknüpft und abgeschlossen werden. Da die jetzige Reise des Vicekönigs von Egypten sich ganz dazu anläßt, daß sie die centrifugalen Elemente des Orients in ihrer Aktivität stärken werde, so begreift es sich, daß diejenigen, welche tiefer blicken, mit steigender Besorgniß oder mit zunehmender Befriedigung, je nach ihrem Standpunkte, dem hiesigen Treiben der Egypter entgegensehen.

[Angekündigtes fürstliche Besuch.] Die Gerichte, als beabsichtigte die Königin von England in strengem Incognito hierher zu kommen, entbehren jeder Begründung. Ebenso ist der mit so viel Bestimmtheit angekündigtes Besuch der Königin von Spanien noch immer zweifelhaft. — Irrthümlich ist von Berlin aus die bevorstehende Reise des Königs von Schweden nach Paris und Vichy schon für diese Woche gemeldet worden. König Carl XV. trifft erst Mitte nächsten Monats hier ein. — Der Kaiser und die Kaiserin von Österreich reisen am 10. Juli nach Paris ab und werden im Pavillon Marson wohnen. Ihnen werden in Versailles und Paris große Feste bereitet.

[Vom Hofe. — Diplomatisches.] Das „Journal de Paris“ zeigt an, daß die Gesundheit des kaiserlichen Prinzen, nach der förmlichen Versicherung der Ärzte, vollkommen wieder hergestellt und jede Spur des Uebels, an dem er gelitten, gründlich beseitigt ist. — Der Prinz und die Prinzessin Napoleon sind heute wieder in Paris angekommen. Der Herzog und die Herzogin von Aosta werden dieser Tage erwartet. Lord Lyons, der neue englische Botschafter in Paris (er ersetzt Lord Cowley), kommt mit dem Sultan. Er vertrat bekanntlich England bisher bei der Pforte.

[Der Bericht über das Preßgesetz] In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde der Bericht über das Preßgesetz niedergelegt. Derselbe lautet in seinen Hauptpunkten wie folgt:

Art. 1 erklärt, daß jeder voljährige Franzose ohne vorherige Genehmigung eine politische Zeitschrift veröffentlichen kann. Art. 2 enthält die legalen Verpflichtungen, welche man vor dem Erscheinen des Journals erfüllen muß. Art. 3 reducirt den Stempel für die Pariser politischen Journals von 6 auf 5 Centimes und für die politischen Provinzialblätter von 3 auf 2 Centimes. Die nicht politischen bedürfen keines Stempels, wenn sie ohne Annonce erscheinen. Wenn sie mit Annonce erscheinen, bezahlen sie in Paris (Seine) und Versailles (Seine und Oise) 2 und in der Provinz 1 Centime. Art. 4, 5 und 6 enthalten nähere Bestimmungen im Betriff des Stempels. (Hier muß bemerket werden, daß die sogenannte kleine, nicht politische Presse durch diese Bestimmung insofern geschädigt wird, als sie bisher in ihr spezielles Fach einschlagende Annoncen, ohne gestempelt zu sein, veröffentlichten konnten, während sie nach dem neuen Gesetz gar keine Annoncen, selbst nicht einmal mehr Bücher-Annoncen, veröffentlichen darf.) Art. 7 bestimmt, daß im Augenblide, wo die Ausgabe eines Journals erscheint, Pflicht-Exemplare bei der Behörde niedergelegt werden müssen. Art. 8 besagt, daß kein Mitglied des gesetzgebenden Körpers oder des Senates ein Journal als Gerant unterzeichnen darf. Art. 9 bestimmt, daß jedes Journal, welches einen Artikel von einer Person bringt, die ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt oder des Landes verbannt ist, mit 1000 bis 5000 Franken Strafe belegt wird. Die Art. 10, 11, 12, 13 und 14 enthalten die bereits bekannten äußerst harten Strafbestimmungen: die Gefängnisstrafe kann nicht verhängt werden, aber die geringste Geldstrafe für ein politisches Journal beträgt den fünfzigsten Theil seiner Caution (in Paris also 333½ Franken) und die höchste die Hälfte der Caution (in Paris 25.000 Franken). Die nicht politischen Blätter können mit einer Geldstrafe von 500 bis 10.000 Franken belegt werden. Jedes Individuum, welches wegen eines in einem nicht politischen Blatte veröffentlichten Artikels verurtheilt wird, kann seiner Wahlrechte bis zu fünf Jahren beraubt werden. Ein Journal, welches wegen eines Verbrechens verurtheilt wird, ist vom Rechte wegen unterdrückt. Es schließen sich dann die Fälle an, wo ein Journal suspendirt werden kann. Art. 15 bestimmt die Abschaffung des Buchdrucker-Patents. Art. 16 ist ganz neu. Er bestimmt, daß jalls mildernde Umstände vorliegen, die Geldstrafe für politische Journals auf den fünfzigsten Theil der Caution festgesetzt werden und das Minimum der Strafe für nicht politische Blätter 150 Franken betragen kann. Art. 17 schafft die Artikel ab, die mit dem neuen Preßgesetze nicht übereinstimmen.

[Beresowski] wird im Anfang nächsten Monats vor das Schwurgericht des Seine-Departements gestellt werden. Sein Vertheidiger wird Jules Favre sein. Der Redner ist schon wieder so weit hergestellt, daß er in seinem Garten promenirt. Während seiner Krankheit sind ihm von allen Seiten Beweise der Theilnahme entgegengebracht worden.

[Verschiedenes.] Aus Anlaß der bevorstehenden Ankunft des Sultan's wärmt man die Andacht wieder auf, nach welcher der Beherrsch der Gläubigen verwandt ist mit Napoleon III. Man erzählt, daß im Jahre 1788 eine schwedische Dame Dubuc de Rivière, aus der Familie der Laché de la

Pageie (welcher bekanntlich auch die Kaiserin Josephine angehörte), von Corfou genommen und nach Konstantinopel gebracht wurde, wo sie ihrer Schönheit und ihres Geistes halber von Selim III. zur Sultanin Valide erhoben wurde. Sie war also die Großmutter des jetzigen Sultans. — Gestern Abend hatte Herr Mirès wieder einen großen öffentlichen Scandal im Theater Elysee, bei dem es sogar zu Thätlichkeit kam. — Kossuth ist seit drei Wochen hier. — Die Vorbereitungen im Palais de l'Industrie du Champs Elysee, wo bekanntlich die Preisvertheilung stattfinden wird, haben bereits begonnen. — Unter den Personen, welche russische Orden erhalten haben, befindet sich auch der Redakteur en chef des „Constitutionnel“, Paulin Limayrac, und Eduard Simon, Mit-Redakteur an diesem Blatte. Der Erste erhielt das Commandeurkreuz des Stanislaus-Ordens mit Stern, Letzterer das einfache Commandeurkreuz dieses Ordens. Eduard Simon gehörte auch zu den wenigen Personen, welche eine Audienz beim Czaren hatten.

Nächster Montag Abend gibt Strauß mit seinen Musikern in dem so genannten „Concert des Champs Elysées“ ein Concert zum Besten des deutschen Hospitals, das einst in Paris errichtet werden soll. Die Fürstin Metternich, die an der Spitze des Damen-Comités steht, das sich im Auftrage des hiesigen deutschen Hilfsvereins mit den Sammlungen für dieses Unternehmen beschäftigt, hat das Strauß'sche Concert veranstaltet. Die ganze Pariser Beau Monde wird dort versammelt sein.

Großbritannien.

E. C. London, 15. Juni. [In der vorigestrigen Sitzung des Unterhauses] fuhr dasselbe mit der Verathung des Reformbill und speciell der Vertheilung der Wahlkreise fort:

Der Schatzkanzler setzte auseinander, welche Vorschläge die Regierung nach der letzten Abstimmung über Hrn. Raing's Resolution dem Hause zu machen habe: Sämtliche Wahlstellen, die bis jetzt durch 2 Mitglieder vertreten seien, bei einer Einwohnerzahl unter 10.000 Seelen, sollten einen Vertreter verlieren. Auf diese Weise würde die Anzahl von 30 Sitzen, über die zu verfügen sei, um 15 weitere vermehrt. Von diesen 45 Vertretern sollte die Hauptstadt 4 zu ihrer bisherigen Anzahl erhalten und 15 Städte zu Wahlbezirken gemacht werden. Zur die Universität London in Verbindung mit der Universität Durham wurde ebenfalls ein Sitz in Aussicht genommen. Die übrigen 25 Vertreter sollten den Grafschaften zufallen und zwar so, daß 4 Grafschaften getheilt werden und zusammen 7 Sitze erhalten würden, während die übrigen 18, zu je 2 auf 9 Grafschaften verteilt, deren bisherige Theilung in zwei Hälften zu einer Dritttheilung mit 2 Repräsentanten für jeden Theil ermöglichen sollten. Der Redner verhöhnte sich nicht, daß dieser Plan, obwohl ohne alle Parteivorteile und Nachteile gefaßt, der Kritik des Hauses nicht entgehen werde, sprach aber die Hoffnung aus, daß, wenn die Sache zur Discussion kommen werde, sie sich besser zur Annahme empfehlen dürfte. Hr. Rai g zeigte noch an, daß er bei dieser Gelegenheit die vom Ministerium nicht adoptierte Vermehrung der Vertreterzahl 7 gröblicher Städte in Anspruch bringen werde, und der Schatzkanzler erwöhrte in Beantwortung einer Bemerkung wegen Vermehrung der schottischen Vertreter, er sei n. d. der Ansicht, daß eine solche Maßregel auf Kosten Englands zu bemerkstelligen sei.

Das Haus ging alsdann zur Lagesordnung über und Mr. Baillie erlobt sich, gelegentlich des Marine-Budgets, um gegen das Waffen-Departement zu sprechen. Die Arbeiten derselben seien während der letzten Jahre höchst erfolglos, ungünstig und sehr kostspielig gewesen. Es habe zu einem Preise von gegen 3.000.000 £ir. Army, Flotte und sonstige Vertheidigungs-Aufgaben mit Armstrong-Hinterladern bewaffnet, einer Waffe, die an sich zu complicirt durch ein complicirtes Gerät noch unpraktischer werde. Wie man dazu gekommen sei, darüber gab der Redner folgende Andeutungen: Der verstorbene Sir B. Hawkes sei Jahre lang permanenter Untersekretär des Kriegs-Ministeriums gewesen und habe sich sehr für das Waffen-Departement interessirt, ebenso wie für die Firma, die Elswick Comp., welche die Beschaffung der Armstrong-Geschütze überwiesen war. In dieser Firma habe der genannte Untersekretär seine beiden Neffen als Theilhaber hineingebracht. Als im Jahre 1859 zuerst Zweifel über die Täglichkeit des neuen Geschützes laut geworden, habe das Kriegs-Ministerium ein Subcomite ernannt, dem ein anderes Mitglied der Elswick Comp., Captain Noble, als Sekretär angehört. Das Subcomite entschied für das Armstrong-Geschütz, das Ministerium bestätigte die Entscheidung und mit Anfertigung der weiteren großen Bestellungen wurde fortgefahrene. Um der Armstrong-Partei das Monopol zu verschaffen, sei also dann der Chef der Geschäftsgesellschaften in Woolwich entfernt und durch Armstrong selbst erlegt, aus anders Stellen dienstigen Offiziere verdrängt worden, die gegen den mehrwertigen Hinterladern sich geküßt. In der Folge habe sich sodann ausgewiesen, daß die Armstrong-Geschütze nicht ihren Anforderungen entsprechen, dem Exploditen ausgesetzt und Reparaturen im Felde fast unmöglich seien, und man habe sich nach vielen Hin- und Her-schwanken und massenhaften Versuchen einem neuen System, der sogenannten Woolwich-Kanone, zugewandt, doch sei auch damit nicht viel erreicht, indem dieselben so wenig im Stande seien, ein lange andauerndes Schnellschießen auszubilden, daß man genötigt gewesen, das Feuer auf 150 Schuß zu beschränken. Dadurch sei die Wirksamkeit der Flotte auf 150 Schuß limitirt. Auch die neue Snider-Wüste und ihre Patrone, sowie das Verhalten des Ministeriums bei Adoption dieser Waffe, wurde von dem Redner scharf beurtheilt und schließlich die Errichtung eines Special-Comité's und gründliche Reorganisation dieses Departements befürwortet. — Nach lebhafter Debatte zog er seinen Antrag zurück.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses eroberte sich Lord Stanley, Minister des Auswärtigen, um auf die Interpellationen des Herrn Labouchere und Darby Griffith in Betreff des Luxemburgischen Tractates zu antworten. Dobwohl wir die wichtigste Stelle aus seiner Erklärung schon mitgetheilt haben, so glauben wir doch der Bedeutung derselben nur dadurch gerecht zu werden, wenn wir die ganze Verhandlung nunmehr noch im Zusammenhange geben.

„Es ist die Frage gestellt worden“ — so begann Lord Stanley — „ob wir gegen eine etwaige Verleihung der luxemburgischen Neutralität bewaffnet einzutreten verpflichtet wären: Darauf antwortete ich: Da Remond das Recht des Parlaments, die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen oder zu verweigern bezieht, so steht ihm in letzter Instanz die Entscheidung über Krieg und Frieden zu, und damit wäre diese Frage erledigt. (Hört.) Andererseits hat Mr. Griffith die Klage laut werden lassen, daß der Tractat abgeschlossen wurde, bevor das Parlament um seine Meinung gefragt worden war, wodurch dem Lande, ohne vorherige Befragung eine neue Verpflichtung auferlegt worden sei. Das ist richtig; aber ich kann darüber nur bemerken, daß dieses Verfahren unserer Verfassung entspricht, der gemäß die Exequatur zum Abschluß von Tractaten auf eigene Verantwortlichkeit hin ermächtigt ist. Minister übernehmen diese in der Regel erst dann, wenn sie die Stimmung des Parlaments erforstet haben; doch kann dies nicht immer förmlich geschehen, da die Zeit oft drängt. So standen die Dinge im vorliegenden Falle; es war nicht Zeit zu parlamentarischen Debatten und deshalb mußte die Regierung auf eigene Verantwortung hin handeln (Hört!). — Was die Bemerkungen des Hrn. Labouchere betrifft, so finde ich dieselben insofern vollkommen berechtigt, daß auch meiner Meinung nach die sogenannten diplomatischen Verpflichtungen unseres Landes lieber verminderst als vermehrt werden sollten (Hört!). Dies war von jener mein Principe, und offen gestanden, ich bin überrascht gewesen, daß das Haus gegen unsere Garantie-Uebernahme nicht stärkere Einwendungen laut werden ließ, als bisher der Fall war. Aber auch hier muß die Dringlichkeit der Sache und die offenkundige Gefahr eines großen Krieges als Entschuldigung unseres Handelns angenommen werden. (Hier schildert der edle Lord, genau wie es aus dem betreffenden Blaubuche bekannt ist, wie die englische Regierung bemüht war, einen Ausgleich zuwege zu bringen, wie Preußen sich dagegen gesträubt und zuletzt nachgegeben, wie er selber (Stanley) sich tagelang gegen die Uebernahme einer Garantie gesträubt und schließlich doch nachgegeben habe.) Ich that es — so fährt er fort, unter dem Drude der augenscheinlichsten Gefahr für den Frieden Europa's. Denn es stand und steht absolut fest, daß, wenn wir eine Garantie ablehnen, die Konferenz nicht zum Ziele gelangt und der Krieg losgebrochen wäre. Bedenkt Sie doch, was das für einen Krieg gewesen wäre. In kürzester Zeit wären zum Mindesten zwei Mächte, Österreich und Italien, in seinen Kreis hineingezogen worden (Hört!), und wenn dort 120—140 Millionen Menschen einander bekriegen, wer wollte da den Ausgang voraus sagen? Was hätte sich im Osten entwickelt? Was wäre aus Belgien und Holland, was aus uns selber geworden, selbst wenn wir neutral hätten bleiben können? Auf uns wäre, mit einem Schein von Recht wenigstens, die Schuld des Krieges gewälzt worden, den wir so leicht hätten verhindern können, und den schmalen Vorwurf hätten wir wahrscheinlich in den Kauf nehmen müssen, daß es uns darum zu thun gewesen, unser Wohlstand auf den Trümmern der übrigen Staaten aufzubauen. (Hört.) Das durfte niemals geschehen. Wenn aber jetzt jemand fragen sollte, ob wir den Krieg wirklich und nicht blos den momentanen Vorwand zum Kriege abgewendet haben, ob er nicht später trotz unserer Garantie entbrennen werde? so antworte ich: Mit Bestimmtheit lassen derartige Fragen sich nicht beantworten, aber, so weit mir ein Urtheil zusteht, glaube ich, daß gegenwärtig keine Veran-

schiedlich oder auch nur wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Seit gewonnen viel gewonnen. Allmählich schwindet die durch die Ereignisse des letzten Jahres notwendig hervorgerufene Eiferlust und Aufregung, es tritt das Raisonement an die Stelle der Empfindung, und sind wir erst so weit, dann ist es klar, daß Preußen und Frankreich aus hundert Gründen einen Krieg vermeiden, aus keinem einzigen ihn verhindern werden. (Gut!) Was könnte Preußen durch einen Krieg gewinnen? Militärischen Raum? Es besteht davon jetzt mehr denn je zuvor. Gebietszuwachs durch französische Eroberungen? Den braucht es nicht. Die Einigung Deutschlands? Sie ist praktisch bereits gesichert. Was Preußen braucht, ist Ruhe und Zeit, daß Gewonnene zu consolidieren und zu assimilieren, während durch einen Krieg nur reactionäre Aufstände (meiner Meinung nach ohne Aussicht auf Erfolg) angeregt würden, um Gewonnenes zu vernichten. (Hört!) Und was könnte Frankreich durch einen Krieg erzielen? Selbst durch einen glücklich geführten kaum mehr als einen fruchtbaren Triumph. Denn Kaiser Napoleon kennt Benedix zu gut, um nach einem deutschen Venetien in seinem Reiche Gefolge zu tragen. Frankreich braucht keinen Gebietszuwachs, braucht, bei seiner 600.000 Mann starken Armee, keine neue Dedung seiner Grenzen, und was nun gar den positiven Geldwert eines Landes wie Luxemburg betrifft, so wären in drei Monaten mehr Kugeln verschossen worden, als das ganze Landchen wert ist. Ganz abgesehen jedoch von blos speculativen Gedanken, glaube ich, nach Allem, was ich weiß und erfahren habe, als eine Thatsache hinstellen zu können, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen, die zur Zeit der Konferenz sicherlich keine herzlichen waren, sich seitdem stetig verbessert haben. (Hört.) Daß Regierung und Volk in Frankreich den Frieden aufrichtig wünschen, glaube ich nicht blos, sondern ich weiß es. (Hört! Hört!) Auch glaube ich, daß dasselbe Gefühl in Preußen obwaltet, ja ich möchte behaupten, daß in den Staaten von Anfang an weniger Eifersucht als Verdacht und Argwohn bestanden habe. Keine der beiden Regierungen wünschte der Angreifer zu sein, doch gab es zweifelsohne ein Gefühl, daß der andere zum Angriff geneigt sei, worauf sich naturgemäß Eifersucht und Misstrauen entwickelten. Was jetzt geschieht, trägt bei, diese Gefühle zu bannen, und läßt sich auch nicht in die Zukunft blenden, so bin ich doch zu der Ansicht geneigt, daß der Friede jetzt (now) nicht unterbrochen werden wird. (Hört, Hört!) Was speziell uns, d. h. unsere Garantie betrifft, haben wir neuester Zeit nichts gethan, als die Garantie erweitert, die wir schon früher für die Neutralisierung sowohl wie für den Besitz Luxemburgs geleistet hatten. Demgemäß ist unsere Verpflichtung, ohne Widerrede, eine erweiterte geworden. Dagegen bitte ich zu bedenken, daß während der Gegenstand unserer bisherigen Garantie eine starke, im Besitz einer fremden Macht befindliche Fertigung war, er jetzt ein verhältnismäßig unbedeutendes Objekt für kriegerische Parteien geworden ist. Und ferner ist zu bedenken, daß wir es mit einer Collectiv-Garantie zu thun haben. Vorunter zu verstehen, daß, für den Fall einer Verleihung der Neutralität, sämtliche Tractatmächte zur Collectivation aufgefordert werden können, ohne daß eine derselben allein einzudringen verpflichtet wäre (Hört!). Es ist, so zu sagen, eine beschränkte Haftbarkeit. Eine derartige Garantie besteht offenbar mehr den Charakter einer moralischen Sanction der Vereinbarungen als einer eventuellen Verbindlichkeit zur bewaffneten Intervention. Aus ihr entspringt für jeden Einzelnen das Recht, aber nimmer mehr die Verpflichtung zum Kriegsführen. Schließlich würde darüber das Parlament zu entscheiden haben. Erwähnen wir doch fröhlich Geschehnes. Wir haben die Schweiz garantirt, trotzdem würden wir kaum die Verpflichtung fühlen, für sie zu den Waffen zu greifen, wenn sich das gesamte Europa zum Angriff gegen sie verbündet. So waren wir bei den für Polen getroffenen Arrangement's mitbeteiligt, ohne daß wir Krieg geführt hätten, als sie gebrochen wurden. Ich will damit nicht gesagt haben, daß wir aus diesem Grunde mit Garantien leicht bei der Hand sein können, und noch weniger, daß wir die Luxemburger Garantie leichtlich geleistet haben, wohl aber, daß wir einwilligen, weil das kleinere Nebel dem größeren vorzuziehen ist. Das ist so ziemlich Alles, was sich dafür anführen läßt. (Beifall.) — Hierauf sprach Gössen seine Befriedigung mit der eben gehörten Rede aus. — Sandford bedauerte nur eines, daß Lord Stanley auf der Konferenz nicht einer allgemeinen Abrüstung das Wort geredet, wogegen Kinnaird meinte, die Gelegenheit sei keine passende gewesen; und H. Seymour, die Einigung Deutschlands sei an und für sich eine gute Bürgschaft für die Pacification Europa's.

[Revue.] Die Königin beabsichtigt, am 5. oder 6. Juli eine große Revue im Hyde Park abzuhalten — die erste seit dem Tode ihres Gemahls. Außer der hauptsächlichen Garnison sollen die in der Umgebung stationirten Truppen nebst der Artillerie von Woolwich an dieser Revue teilnehmen, so daß — für London etwas Außerordentliches — vielleicht 10.000 Mann reguläres Militär durch die Straßen marschiren werden. Die Revue der Flotte in Portsmouth soll am 16. des nächsten Monats stattfinden. Ob sie einen Tag oder drei Tage lang währen soll, ist noch nicht entschieden. Vertreten werden sein: alle Schiffe (darunter namentlich auch die großen Panzerfregatten) der unter den Admiralen Vernon und Warder stehenden Kanalschiffe, die Küsten- und Hafenschiffe nebst sämtlichen disponiblen Kanonenbooten. Wenn nicht die Königin selber, wird doch der Prinz von Wales bei dieser Revue anwesend sein, zu deren Besichtigung den Parlamentsmitgliedern ein eigenes Fahrzeug zu Gebote gestellt werden wird.

New York.

New York, 1. Juni. [Finanzielles.] Der amerikanische Finanz-Minister wurde im vergangenen Jahre um diese Zeit von der Kaufmannschaft in Boston zu einem Banket eingeladen und fügte damals dem Briefe, der seine ablehnende Antwort enthielt, eine Auseinandersetzung über den Zustand der Finanzen bei, die damals großes Aufsehen machte. Die Einladung hat sich in diesem Jahre wiederholt, ebenso wie die Ablehnung seitens des Ministers und der damalige Finanzbericht hat bei dieser Gelegenheit ein Seitenstück erhalten, das aber den Gegenstand nicht gerade in sehr glänzendem Lichte erscheinen läßt.

Der Schatzkanzler beginnt denselben mit der Sicherung, er werde sein Amt so zu verwalten suchen, daß er Vertrauen einlöse, doch müsse man nicht erwarten, daß der Rest des laufenden und der erste Theil des kommenden Finanzjahres so befristigende Monatsausweise bringen werde als dies bisher der Fall gewesen. Die nachträglich gewährte Kriegszulage, der Indianerkrieg und die äußerst liberalen Geldbewilligungen des Congresses werden starke Anforderungen an die Staatskasse machen, während auf der andern Seite das allgemeine Mißthaben der Weizenernte dieses Jahres und der heimliche Mißwuchs des indianischen Korns im vorigen

(Fortsetzung.) Bauwerke plastisch veranschaulicht. Der gothische Styl ist in allen Hauptteilen rein, aber den bürgerlichen Verhältnissen angemessen, leich und gefällig durchgeführt. Es ist ein imposantes Gebäude, seiner aus dem Ständehause, dem königl. Palais, Theater, Stadtgericht und dem übrigen Häusercomplex bestehenden Umgebung wohl angepaßt, und würdig der bedeutenden Stellung, welche der Handel im modernen Cul-tureleben einnimmt. Das Ganze enthält drei große Abtheilungen, nämlich den nördlichen Flügel in der Wallstraße, worin das königliche Telegraphenamt untergebracht ist; den Mittel- oder Saalbau für die kaufmännischen Börsenversammlungen; den südlichen Flügel an der Promenade, in dem sich die Localitäten der Handelskammer befinden.

Längs der Graupenstraße, welche den Mittelbau östlich begrenzt, erstreckt sich die Hauptfassade 152½ Fuß lang, reich und sinnig ausgestattet; sie fast die 74 Fuß lange Vorhalle in sich, einen prächtig gewölbten Kreuzgang, durch den man in die eigentlichen Börsenräume gelangt. Darüber reihen sich 5 spitzbogige Saalsäulen aneinander, durch die ganze Höhe reichend, und über den Strebepfeilern sind vier künstlerisch gearbeitete Statuen, die „Schiffahrt“, den „Handel“, den „Landbau“ und die „Wiehzucht resp. Wollindustrie“ repräsentirend, aufgestellt. In den Giebelfeldern der Fenster sind in hohen Reliefs die Provinzen Schlesien, Sachsen, Pommern, Brandenburg und Posen gruppiert. Die Bekrönung ist im Mittelbau von einer Gallerie, auf den Seitenflügeln durch einen Zinnenkranz gebildet, welche durch die freie Lage der Eckblümchen äußerst effectvoll wird. Nicht minder reich und gediegen ist die Ornamentik an der südlichen Front, mit den Statuen des „Bergbaues“ und der „Industrie“ geschmückt; hohe Reliefs, das Breslauer Wappen und Merkurköpfe, füllen auch hier die Felder der 9 spitzbogigen Fenster aus. An der oberen Etage befindet sich ein Balcon, welcher die schönste Aussicht über die Promenade gewährt. Inmitten der Bekrönung ragt ein Zinnenaußensatz hervor, das Breslauer Wappen im Felde und von den Emblemen des Ackerbaus und der Schiffahrt flankiert. Die Fassade in der Wallstraße hat die einfachste Decoration in Reliefs der gedachten Art erhalten.

Sehen wir uns nun in dem Innern näher um, wohin die Börsenbesucher sich durch den in der Wallstraße gelegenen Haupteingang begeben. Vorher bemerkte man die nach dem südlichen Flügel hin errichtete stattliche Treppe, welche in solider und eleganter Eisenconstruction, die breiten Stufen mit weißen Marmorplatten belegt, die Verbindung sämmtlicher Etagen herstellt. Treten wir in das Parterre ein, so haben wir bald den großen Börsensaal vor uns, eine prachtvolle und freundliche gotische Halle, 47 Fuß hoch, 60 Fuß breit, einschließlich der östlichen Gallerie, welche als Lesesaal dienen soll, 85 Fuß breit. Diese bedeutenden Dimensionen sind vermöge der Wölbungen, Säulen, Pfeiler, Ballustraden, Aufgänge und der entsprechenden decorative Ausstattung in gefälliger Weise unterbrochen. Licht und Luft sind in reichlichem Maße vorhanden. Während mit der hellen Architectur die dunkle Holzverkleidung trefflich kontrastirt, sind die spigen Bögen und Decken zwischen den Pfeilern mittelst doppelter oder einfacher Glasswände und Spiegelfenster abgeschlossen. Solche ausgedehnte Glasflächen waren bei der Bestimmung des Locales namentlich für die beiden Langseiten dringend geboten. Die reichverzierte Decke des Saales wird von einem Holzgetzel gebildet, in den typischen gotischen Farben, blau, rot, gold, prächtig ausgemalt und in den Friesen die schlesischen Städtewappen enthaltend. An die westliche Front lehnt sich der freie Hofraum, der als Sommerbrücke reservirt bleibt.

Betrachten wir jetzt den südlichen Flügel, dessen Fassade sich 126 Fuß lang an der Promenade hinzügt und später von einem Gärten eingefasst werden soll. Im Parterre ist der Kündigungssaal hergerichtet, von dem man unmittelbar in den Hauptraum gelangt. Die obere Etage enthält den 40 Fuß langen und 25 Fuß breiten Sitzungsraum der Handelskammer, für deren Beamte der zweite Stock zu Dienstwohnungen verwendet wird. Dagegen ist der gleich lange nördliche Flügel in der Wallstraße ausschließlich dem königlichen Telegraphenamt eingerückt, dessen Bureau in allen drei Stockwerken vertheilt sind. Man behauptet, daß die für den amtlichen Verkehr bestimmten Localitäten in gleicher Weise für den privaten Verkehr bestimmt seien. Die beiden Flügel besonders an belebten Geschäftstagen sich als nicht ausreichend erweisen. Hoffentlich wird die bessernde Hand des Meisters auch hier die erwünschte Abhilfe gewähren. Wie wir hören, soll bei Gründung des Gebäudes ein zweiter Schalter für die Depeschenausgabe der Börsenbesucher dem Gebrauch übergeben werden. Erwähnen wir noch, daß im Souterrain eine moderne, verfeinerte Auslage des „Schweidnitzer-Kellers“ geschaffen ist, so haben wir das neue Börsengebäude in seinen allgemeinen Umrissen charakterisiert. Nähtere Details bringen wir vielleicht später. Möge die bevorstehende Gründung des Prachtbaues von günstiger Vorbedeutung für die geistige Entwicklung von Handel und Wandel unserer Stadt wie der gesammelten Provinz sein!

Breslau, den 18. Juni. [Tagesbericht.]

** [Die Sitzung der Stadtverordneten] fällt nächst Donnerstag, den 20. Juni, wegen des Frohlebnissfestes aus.

SS [Versetzung.] Der Oberpostkassen-Buchhalter, Oberpost-Commissionarius Dittmar ist als Rentant der Oberpost-Kasse nach Darmstadt versetzt worden.

+ [Besitzeränderung.] Die dem nach Kiel als Regierungsvize-präsident versetzten J. Elwanger gehörige, in Kleinburg belegene Besitzung ist durch Kauf an den Hotelbesitzer C. Galisch übergegangen.

* [Statistik.] Die amtlichen Aufnahmen über die Zahl und Art der im Jahre 1866 bei der Civilbevölkerung im Oppeln verwaltsbezirk vorgenommenen Geburten, Trauungen und Todesfälle haben im wesentlichen folgendes Resultat ergeben: Geboren wurden von 56,052 Müttern 29,204 Knaben und 27,550 Mädchen, im Ganzen 56,784 Kinder, unter denen sich 1424 Zwillinge und 30 Drillinge befanden. Gegen das Jahr 1865 haben sich die Geburten um 467 oder 0,82 p.C. vermehrt. Von sämtlichen Geburten waren 7,35 p.C. uneheliche. Auf 10,000 Einwohner kommen bei den Evangelischen im Ganzen 403, bei den Katholischen 488, bei den Juden 512 Neugeborene. Getraut wurden 8981 Paare, von denen in absoluter Zahl 7927 auf die katholische, 821 auf die evangelische, 242 auf die jüdische Bevölkerung entfielen. Außerdem fanden bei den Herrnhutern 1, bei den Alt-lutheranern 8 Geschlechtungen statt. Gegen das Jahr 1865 sind 2101 Ehen weniger geschlossen worden, wonach eine Verminderung der Geschlechtungen um 18,96 p.C. eingetreten ist. Verhältnismäßig die meisten Trauungen fanden im Kreise Beuthen (18,22 p.C. sämmtlicher im Departement geschlossenen Ehen) und 97 Trauungen auf 10,000 Kreisbewohner), die wenigsten im Kreise Grottkau (2,57 p.C. sämmtlicher im Departement geschlossenen Ehen) und 52 Trauungen auf 10,000 Kreisbewohner) statt. Gestorben sind 35,099 Katholiken, 3251 Evangelische, 35 Alt-lutheraner, 12 Herrnhuter, 477 Juden, zusammen 38,874 Personen, worunter 20,130 männlichen und 18,744 weiblichen Geschlechts. Im Jahre 1866 starben im Ganzen 4918 Personen mehr als im Jahre 1865. Die Geburten überstiegen im Jahre 1866 die Todesfälle zusammen um 17,910 oder 1,52 p.C. der Gesamt-Einwohnerzahl. Eine Minderzahl der Geburten gegen die Todesfälle hat sich im Jahre 1866 in keinem Kreise herausgestellt. Von Knaben waren im Jahre 1866 — 9074, von Mädchen 8836 mehr geboren als gestorben. Am stärksten war der Überschuss der Geburten über die Todesfälle im Kreise Beuthen (3695 oder 2,19 p.C. der Gesamt-Einwohnerzahl), am schwächsten im Kreise Leobschütz (59 oder 0,07 p.C. der Einwohnerzahl). Gegen das Jahr 1865 sind im Kreise Leobschütz, als demjenigen, in welchem die Cholera mit besonderer Heftigkeit aufgetreten ist, im Jahre 1866 — 1533 Personen mehr gestorben.

+ [Unglücksfall.] Auf dem Bahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn eintreten werden.

ereignete sich heute Vormittag um 8 Uhr abermals ein recht bedauernswürdiger Unglücksfall. Der frühere Bahnmeister, jetzt als Weichensteller beschäftigte Carl Kürsten mußte nämlich beim Rangieren der Wagen von einer Weiche zur anderen überqueren, wobei er über den Schienenstrang stolperte und so unglaublich hinschrak, daß er auf das Schienengeleis zu liegen kam und von der Rangir-Locomotive überfahren wurde. Dem Unglücklichen wurden von den Rädern beide Beine vom Körper abgetrennt und ein Teil des Unterleibs aufgerissen, welche Verlegungen so furchtbar waren, daß er schon beim Transport nach dem Kloster der barnbergischen Überber seinen Geist aufgab. Der Verstorbenen hinterließ eine Frau mit zwei unerzeugten Kindern.

+ [Ein neuer Industriezweig.] In mehreren Kaufläden hat sich folgende Scene wiederholt. Ein 9jähriges Mädchen läßt sich einen Thaler wechseln; nach Verlauf von 10 Minuten kommt das Kind wieder und behauptet unter Weinen, „5 Sgr.“ zu wenig erhalten zu haben. Später kommt auch noch die Mutter des Kindes hinzu und macht einen schrecklichen Scandal, den der betreffende Kaufmann nur dadurch beenden kann, daß er „5 Sgr.“ herausfordert. Wir warnen vor dieser neuen Art von Erpressung!

* [Sport.] Die schlesische Sportwelt war bei den am Sonnabend (15. Juni) eröffneten Berlin-Verderren zahlreich und gut vertreten. Dies wird durch die Meldung bestätigt, daß schon am ersten Tage mehrere Schießgeschießt haben. So gewannen des Grafen b. Wilmowitz-Möllendorff schwarzer Hengst „Gabriel“ das Gründungsrennen um den Vereinspreis von 500 Thlr. und einen Gesamtpreis von 880 Thlr.; des Grafen Hendesen. Fuchs-Hute „Pocohontas“ das Unionsrennen um den Staatspreis von 1000 Thlr. und 455 Thdr. Einsatz.

○ Blegnitz, 18. Juni. [Bur. Tageschronik.] Dem Vernehmen nach hat der königl. Postausschuß das als Nachgrundstück an der bisherigen Post belegene, dem Silberwaren-Fabrikanten Köbler bisher gehörige Haus nebst Zubehör gekauft, um durch Vereinigung desselben mit dem gegenwärtigen Postamt die Geschäfts-Postalen, welche bei dem immer mehr und mehr sich steigernden Geschäftsvolumen als unzulänglich sich erwiesen haben, zu erweitern.

Gestern ist der Decorateur hr. Heinrich aus Breslau hier eingetroffen, um sich dem Liegnitzer Publikum bei Ausführung der Fest-decorationn dientfertig zu machen. Unsre Gasanstalt-Direktion hat in diesen Tagen insbesondere viele Aufträge bezüglich der Anbringung von Illuminations-Gegenständen an Häusern der Privaten ausgeführt; das Militär hat das in Folge Verschiebung des Zettels wieder abgebrochene Zelt-Lager auf dem Haage wieder erbaut und überall wird nunmehr allen Ernstes mit der Ausführung der Festarrangements vorgegangen. Der Tag, an welchem das Fest beginnen werden soll, scheint noch nicht bekannt zu sein, wenigstens haben wir bis jetzt vergeblich ihn zu erforschen uns bemüht. Uns genügt indes schon das Bewußtsein, daß dasselbe nunmehr keine Illusion mehr ist und nach den allerhöchsten Orts getroffenen Bestimmungen in der Zeit zwischen dem 20. und 27. d. M. abgehalten werden soll. (S. d. Liegn. Corresp. unter „Abendpost“.)

△ Sagan, 7. Juni. [Bur. Tageschronik.] Über den Bau des bereits im Jahre 1865 zum Theil abgebrochen Rathaus-Turmes herrscht noch immer tiefer Schweigen, es scheint fast, als sollte noch viel Wasser im Bober hinabfließen, ehe darüber ein Resultat bekannt wird. Mittlerweile dürfte aber auch das seitdem im offenen Mauerwerke sich ansammelnde Regenwasser nachtheilig auf das kunstvolle und alterthümliche Gewölbe einwirken, um dessen Erhaltung es sich doch hauptsächlich handelt und somit den Abriss des ganzen Turmes in Aussicht stellen, der ohnehin eines genügenden Fundaments entbehrt. Ebenso wenig verlautet über den Wiederaufbau der seit beinahe einem Jahre abgebrannten ehemaligen Nieder-Schlossmühle, deren Überreste der Stadt zwar nicht zur Fierce gereichen, aber über dieselben hinaus dem Auge eine schöne Fernsicht bieten und deshalb einen Aufbau weniger wünschenswert machen. — Am 15. d. M. fand die Gründung und Einweihung des am sogenannten Probsteiberge, unweit der evangelischen Kirche, neu erbauten Logen-Gebäudes statt. Manch ehrwürdiges, frommes Haupt ist seit dem Beginn dieses Baues geschüttelt worden.

○ Böblitz, 17. Juni. [Bur. Tageschronik.] In der gestern abgehaltenen General-Versammlung unseres Böblitzer Vereins wurde mitgeteilt: Gegenwärtig gehören dem Vereine 811 Mitglieder an. An Böblitz wurden vom 1. März bis 31. Mai d. J. gezählt, resp. prolongiert 78,099 Thlr. in 1171 Beiträgen. Die Gesamtmithnahme betrug 154,793 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf. und die Ausgabe 154,342 Thlr. — Sgr. 11 Pf., so daß ein Bestand von 451 Thlr. 26 Sgr. 4 Pf. verbleibt. Hier und in der Umgegend stehen wider alles Erwartete die Feldfrüchte gut und ist besonders der Graswuchs ein sehr gesegnet. Die Schlosser haben nur strittweise geringen Schaden verursacht. Seit Jahren wird hier das Bedürfnis gefühlt, ein Krankenhaus zu bauen, aber immer ist es nur ein stiller Wunsch geblieben. Dagegen hat ein hier Kranken und Notleidenden wohlbelanntes Schwesternpaar in aller Stille nicht nur dafür Sorge getragen, daß eine Diaconiss bereit in einem Privathause mehrere Kranken versorgt, sondern es ist auch in diesen Tagen eine Befreiung mit großem Garten in dem nahen Polnischdorf von denselben edlen Wohlthätigerinnen gefaßt worden, um dort ein christlich Bethanien einzurichten. Gott segne die edlen Herzen dafür und erwärme auch Andere zu gleichem Handeln! — Vielleicht werden nun auch bald die nördlichen Schritte gehen, um eine Erziehungsstätte für verwahrloste Kinder am Orte zu gründen, zu welchem Zwecke ja schon seit Jahren in der hiesigen Sparkasse Geld gesammelt werden.

E. Hirschberg, 17. Juni. [Der Arnold'sche Concertsaal] ist vorige Woche durch Herrn Walter Peschke in höchst geschmackvoller und anprechender Weise vollendet worden; der Arnoldsche Saal ist nun nicht allein der größte, sondern auch der geschmackvollste, sowohl des Hirschberger, wie auch der angrenzenden Kreise und erhielt gestern Abend eine entsprechende Weihe durch Aufführung eines vorzüglichen Concerts von mehreren Mitgliedern der Kapelle Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern-Hedingen aus Löwenberg. Die Frehlingszeit ist allerdings für derartige Concerte keine sehr günstige, weshalb aus der Besuch des Concerts von Seiten des Publikums zwar ein sehr gewohnter, aber keineswegs ein sehr zahlreicher war. Alle Anwesenden verließen den Concertsaal mit dem Gefühl der größten Befriedigung.

○ Waldenburg, 14. Juni. [Bur. Tageschronik.] Beabsicht Wiederbelebung des zweiten Pastoraats hier selbst sind seitens eines hohen Patrocinii 6 Probeprediger aufgestellt worden, welche ihre Probepredigten in folgender Ordnung halten werden: 1) Diaconus Scheele aus Rabitsch nächsten Sonntag, den 16., 2) Pastor Renner aus Cossens bei Trachenbergen den 23., 3) Prediger Seyfarth aus Sommerfeld den 30. d. M., 4) Prediger Lange aus Breslau (Armenhauskirche) den 7., 5) Diaconus Schulze aus Neusalz den 14. und 6) Pastor Bürgel aus Wschätz bei Witzig den 21. l. M. — Eingang dieses Monats fanden täglich Besichtigungen hiesiger Communalwege statt, welche vom jetzigen stellvertretenden Herrn Landrat und einigen anderen Herren vorgenommen wurden und schließen lassen, daß auf Belehrung gedachter Wege Bedacht genommen wird. — Unsere evangel. Stadtschule ist im vorderen Hofraume mit spitzigem Strauchwerk geziert. Dasselbe wurde in früheren Jahren von den Kindern immer arg beschädigt. Nunmehr ist dies nicht so leicht möglich, da nicht nur das Strauchwerk, sondern auch der ganze Hof vor und hinter dem Schulhause umzäunt ist. Es gewährt diese dankenswerthe Verhönerung einen recht angenehmen Eindruck, der leider bedeutend gemindert wird einmal durch die im vorderen Hofraume aufgestellten, den Platz sehr beeinträchtigenden Wasserwagen, das andere Mal durch den im Hintergrunde und zur Seite des Schulhauses eingerichteten städtischen Bauplatz, auf dem übrigens die Wasserwagen eben so gut interimsitische Aufnahme finden könnten. — Bei der großen Anzahl der Schuljugend ist der kleinste freie Raum ein Wertstück. Wie störend es deshalb, besonders in der Freizeitstunde, ist, daß die Passage (auch von Pferd und Wagen) nach dem städtischen Bauplatz nur über den Schulhof hinweg geht, ist leicht zu denken. Die Zukunft wird zur Belehrung des Bauplatzes notdürfen! — Der dritten Lehrerin an der höheren Töchterschule ist im Schulhause eine Wohnung eingerichtet worden. Das Lehrerwohnung im Schulhause selbst sind, ist von ganz besonderer Wichtigkeit und wäre für die Stadtschule ebenfalls zu wünschen. Es kommen in einem Schulhause vor und nach, überhaupt außer der Schulzeit lange nicht so viel oder gar keine Ungehörigenkeiten seitens der Kinder vor, wenn diese wissen, daß ein Lehrer im Hause wohnt. In dem werdenden neuen Knabenschulgebäude soll dennoch auch nicht auf eine Lehrerwohnung Bedacht genommen werden. — Die Hoffnung, daß durch Verlegung der Appartements beim alten Schulhause und der höheren Töchterschule eine Vergrößerung des Hofraumes geschaffen würde, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt. Zwei Lehrzimmer der höheren Töchterschule haben gerade Fenster nach diesen Anfalten zu, und wäre dieserhalb eine Verlegung doppelt wünschenswert. — Das höhere Mädchen- und Erziehungs-Institut des Fr. A. Lechner, das durch 30 Jahre eine große Zahl Schülerinnen reichlich mit Kenntnissen ausgerüstet und auch eine Anzahl Gouvernanten herangebildet hat, hört zu Johannau auf. Ein Paar der Pensionärrinnen gehen mit Fr. Lechner und dem Fr. Kieser nach Medienburg, während andere Schülerinnen wohl meist in die hiesige höhere Töchterschule eintreten werden.

△ Jauer, 18. Juni. [Die Gewerbebank] H. Schuster u. Co. in Berlin, welche seit den drei Jahren ihres Bestehens von Commandanten in Luckau und Finsterwalde errichtet, hat seit einigen Tagen auch hierorts eine Filiale eröffnet. Das Institut, welches den Zweck hat, Bank- und Commissions-Geschäfte und zwar vorzugsweise zur Hebung des Credits der Handwerker und Fabrikanten zu betreiben, übernimmt nach der Coursnotiz der Börse zu Berlin und Breslau; den An- und Verkauf aller in- und ausländischen Staatspapiere &c.; die Einlösung der fälligen Coupons und Dividenden sowie aller coursfähigen Papiere des In- und Auslandes; die Einziehung von Wechseln auf alle Haupt- und Nebenplätze des Continents; die Einziehung von ausgelosten Effecten, Anweisungen, fälligen Hypotheken, Bins und anderen Zahlungen auf sämtlichen größeren preußischen Plätzen. Die Gewerbebank gewährt Handwerkern und Fabrikanten einen Credit, vorzugsweise auf Wedsel mit mindestens 2 Unterschriften, und zwar entweder als reiner Personaleredit oder gegen gleichzeitige Verpfändung von Waaren, Rohprodukten, Wertpapieren &c. oder endlich gegen Bürgschaft dritter Personen. Der Gesamt-Umschlag des Geschäftsjahres 1866 belief sich auf 9,194,100 Thlr.; auf die Agentur zu Luckau fielen davon 712,888 Thlr. und auf die zu Finsterwalde 683,384 Thlr. Was das Darlebs-Geschäft betrifft, so haben durch das Bankgleich (incl. der Filiale) 355 Handwerker einen Gesamtcredit von 152,705 Thlr. und 190 Fabrikanten einen solchen von 445,700 Thlr. genossen.

△ Reichsdach, 18. Juni. [Bur. Tageschronik.] — Belohnung.] In Friedrichshain hiesigen Kreises gierig vorgetragen wurden zwei Handelsleute in einen Streit, der bald in Thätlichkeit ausartete. Einer der Streitenden verlor seinem Gegner, dem Handelsmann Wiesner, einen Schlag mit dem Stock auf den Kopf, welcher einen Bruch des Schädels und den Tod zur Folge hatte. Der Thäter ist verhaftet worden. — Die Untersuchung über die Verstüpfungsfälle in Bielau hat bis jetzt kein Resultat gezeigt. Die königliche Regierung in Breslau hat eine Prämie von 50 Thlr. für die Entdeckung der Frauensperma ausgesetzt, welche dem Müller den vergifteten Weizen überbracht hat.

○ Namslau, 18. Juni. [Bur. Tageschronik.] — Kommunales. — v. Tümpeling.] In einer am 11. d. Mts. Früh 7 Uhr angestandenen außerordentlichen Sitzung haben unsere Stadtverordneten auch für den Bau einer Chaussee von Reichsdach durch den Laßtitz-Wald über Troczen, Borowno und Baranow nach Kempen (siehe Referat in Nr. 269 d. Btg.) die verlangte außerordentliche Beihilfe von 1200 Thlr. bewilligt. — In den am 13. und 14. d. Mts. abgehaltenen Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung wurden folgende wichtige Vorlagen erledigt. 1) Während des Krieges im vorigen Jahre sind von unserer Kammerei 821 Thlr. an Kriegsfallen vorläufige Wehr beauftragt worden. Diese 821 Thlr. sollen im zweiten Halbjahr 1867 von den Steuerzahldern mit Ausschluß der ersten Steuerstufe wieder eingezogen und mit 9 Sgr. pro Steuerthalter er-hoben werden. — 2) Der Abriss des sogenannten „Häuschen“ neben der ehemaligen Stadtbäckerei und des alten Mühlstalles wurde beschlossen und an Stelle des ersteren die Erbauung eines Garnisonstalls für 40 Pferde genehmigt. Dieser Bau ist, weil das alte bedeutsame Material meist verwendet werden kann, nur auf circa 800 Thlr. veranschlagt und dafür an die Herren Maurermeister und Zimmermeister Gebrüder Frey vergeben worden. Die Bauosten werden aus dem bereiteten Fonds entnommen werden. Der Abriss des „Häuschens“ ist bereits erfolgt. Durch das Niedergehen des alten Mühlstalles aber erhält der Militär-Deitäl-Platz vor der Reithalle die gewünschte Vergrößerung. 3) Beabs. Beschaffung von Geldmitteln zur nummerigen Ausführung der bedeutenden Baulichkeiten für die hierher zu verlegende 5. Escadrone des 2. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8 ist der Magistrat durch die Stadtverordneten-Versammlung autorisiert worden, 30,000 Thaler aufzunehmen. 4) Der Verlauf der alten städtischen Arrend in der polnischen Vorstadt exkl. der dazu gehörigen Aedeln und Biesen wurde be-schlossen. Die Gebäude dieser Arrend, welche bis ult. September l. J. noch verpachtet ist, sind in sehr schlechtem Bauzustande, erfordern fortwährend kostspielige Reparaturen und gewähren nur eine geringe Rächt. Da auf dieser Arrend die Schanzgerechtigkeit ruht und die Arrend eine sehr fröhliche Wohlfahrt hat, so wird es voraussichtlich an Räkfern nicht fehlen. — 5) Den Beauftragten, Hrn. Apotheker Wilde, der seit dem 1. August v. J. bis zum 30. April d. J. den früheren Bürgermeister Mende vertreten und nach dessen Tode das Bürgermeisteramt verwaltet hat, wurde in Anerkennung der außerordentlichen Umstüdt und des reaen Eisens, mit welchen er sich unter den schwierigsten Verhältnissen dieser Vertretung unterzogen, für diese Zeit der volle Bürgermeisterinhalt bewilligt und der Magistrat aufgefordert, dem Herrn Wilde in dem betreffenden Bedürftigkeitschreie noch den Dant der Stadtverordneten-Versammlung für seine treue Amtsvert

unsere Stadt am gestrigen Tage auch einen Selbstmord zu beklagen, der von einem Retter der hiesigen Schwadron verübt worden. Gestern Abend nach 8 Uhr, während die Schwadron vom Appellplatz zurückkehrte und zum großen Theile noch dort versammelt war, erhob sich ein Dragoner in dem Pferdestalle mit seinem Carabiner, den derselbe mit Wasser geladen hatte. Der Schuß war durch die linke Brustseite gegangen und hatte sofort getötet. Wie es heißt ist der Soldat aus Langen-Bielau und dient erst seit einem Jahre bei der Schwadron.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 18. Juni. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pf.) niedriger, gel. 1000 Thlr., pr. Juni 61—61½ Thlr. bezahlt. Juni-Juli 59% Thlr. Gld. und Br. Juli-August 54 Thlr. bezahlt und Gld., August-September — September-October 51 Thlr. Br. 50% Gld.

Weizen (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. Juni 80% Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. Juni 53 Thlr. Br.

Häfer (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. Juni 46 Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. Juni 95 Thlr. Br.

Rübbel (pr. 100 Pf.) geschäftslös, gel. — Ctr. loco 11% Thlr. Br. pr.

Juni und Juni-Juli 11% Thlr. Br. Juli-August — August-September — September-October 11½ Thlr. Br. October-November 11½ Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember 11% Thlr. Br.

Spiritus etwas matter, gel. 10,000 Quart, loco 20% Thlr. Gld., 20% Thlr. Br., mit leihw. Geb. 20% Thlr. bezahlt, pr. Juni, Juni-Juli und Juli-August 20% Thlr. Gld., August-September 20% Thlr. bezahlt und Gld., September-October 18% Thlr. Gld., 18½ Thlr. Br., October-November — Bink ruhig.

Die Börsen-Commission.

[Preußische Banknoten betreffend.] Die Zweig-Anstalten der preußischen Bank in den Provinzen sind neuerdings streng angewiesen worden, keine Note der Bank anzunehmen oder umzu tauschen, wenn die Zahlen der Serie, des Foliums, der Nummer, die Litera und der Name des ausserigen Beamten nicht vollkommen lesbar sind. Es hat diese Maßregel bereits zu vielfachen Beschwerden des von derselben betroffenen Publikums Veranlassung gegeben.

[Recommandierte Briefe nach Frankreich.] Das General-Post-Amt sieht sich veranlaßt, die Bestimmung in Erinnerung zu bringen, daß alle recommandirten Briefe, welche aus dem preußischen Postbezirk z. nach Frankreich und Algerien und im Transit durch Frankreich abgesandt werden, mit einem Couvert versehen und mindestens mit zwei deutlichen, in Siegellack ausgebrückten Siegeln verschlossen sein müssen, so zwar, daß die Siegel auf der oberen und unteren Klappe des Couverts angebracht und beide Klappen unter demselben Siegel vereinigt sind. Es wird diese Bestimmung vorliegender Mittheilung der französischen Postverwaltung folgende in neuerer Zeit häufig außer Acht gelassen.

[Esterhazy-Loose.] Der Sequestri-Curator des fürstlichen Esterhazy'schen Vermögens macht bekannt, daß die städtische Esterhazy'sche Centralafse in den Stand gesetzt ist, vom 1. Juli 1867 ab auch die bei der 58.ziehung verlosten, am 15. Juni 1866 verfallenen Tresser des fürstlichen Lotterie-Anleihen vom Jahre 1836, so wie auch die am 30. Juni 1866 fällig gewesenen Coupons des fürstlichen Partial-Anlebens vom Jahre 1844, unter Vergütung der 5proc. Verzugszinsen auszuzahlen.

[Ansbach-Günzenhauser 7 Fl.-Loose.] Prämienzahlung vom

15. Juni.

à 16,000 Fl. Ser. 3607 Nr. 11.

à 2000 Fl. Ser. 3088 Nr. 36.

à 500 Fl. Ser. 2146 Nr. 16.

à 100 Fl. Ser. 979 Nr. 40, Ser. 1249 Nr. 12, Ser. 1883 Nr. 13, Ser.

3607 Nr. 28, Ser. 4768 Nr. 3.

à 50 Fl. Ser. 1488 Nr. 25, Ser. 2625 Nr. 5 41, Ser. 3050 Nr. 4,

Ser. 3088 Nr. 39, Ser. 3273 Nr. 12, Ser. 3461 Nr. 9 40, Ser. 3607 Nr.

26, Ser. 4693 Nr. 35.

à 30 Fl. Ser. 478 Nr. 50, Ser. 1249 Nr. 36, Ser. 1395 Nr. 19, Ser.

1488 Nr. 50, S. 1841 Nr. 24, S. 2146 Nr. 7 21, S. 2300 Nr. 22, S.

2625 Nr. 8 16 49, S. 2727 Nr. 35, S. 3050 Nr. 8, S. 3088 Nr. 27, S.

3510 Nr. 2 10 18 27, S. 3607 Nr. 25, S. 4214 Nr. 26.

à 20 Fl. Ser. 478 Nr. 2, S. 979 Nr. 39, S. 1249 Nr. 5 16 38 45 48,

S. 1305 Nr. 41, S. 1488 Nr. 44, S. 1841 Nr. 32, S. 1883 Nr. 24 34

40, S. 2082 Nr. 49, S. 2084 Nr. 20 28, S. 2146 Nr. 33, S. 2748 Nr. 3,

S. 3088 Nr. 21 22 43, S. 3461 Nr. 18 47, S. 3510 Nr. 49, S. 4214

Nr. 43, S. 4340 Nr. 20 29 40, S. 4587 Nr. 3, S. 4693 Nr. 50, S. 4768

Nr. 6 27.

Alle übrigen in den Serien 478 876 979 1249 1305 1395 1488 1541

1841 1883 1920 2082 2084 2146 2300 2625 2727 2748 3050 3088 3273

3461 3510 3607 4214 4340 4465 4587 4693 4768 enthaltenen Nummern erhalten 9 Fl.

[Zur Abstimmung in General-Versammlungen von Commandit-Gesellschaften.] Bei der Bildung neuer Commandit-Gesellschaften auf Actionen wird bekanntlich häufig von den Gründern der Gesellschaft oder auch von Commanditistern eine Einlage gemacht, welche nicht in baarem Gelde besteht. Bei der Beurteilung des Handelsgefeuges hielt man es für erforderlich, um zu verhindern, daß durch übermäßige Taxirung der nicht in baarem Gelde bestehenden Einlagen Einzelne zum Nachteil der übrigen Gesellschafter widerrechtlich sich bereichertem, im Gesetz befondere Fürsorge zu treffen. Hierauf hin entstand der Artikel 180, Abschnitt 1 des Handelsgefeuges: „Wenn ein Gesellschafter eine Einlage macht, welche nicht in baarem Gelde besteht, oder wenn er sich zu seinen Gunsten befondere Vortheile ausbedingt, so muß in einer Generalversammlung der Commanditisten die Abstimmung und Prüfung der Zulässigkeit angeordnet und in einer späteren Generalversammlung die Genehmigung durch Beschluss erfolgen. Bei einer in Berlin domicilierten Commandit-Gesellschaft auf Action kam es in Frage, ob in diesen Generalversammlungen der persönlich haftende Gesellschafter auch rücksichtlich der ganzen Actionen stimmberechtigt sei, welche von ihm statutärmaß befreit werden müssen. Das Berliner Stadtgericht und in Bestätigung desselben das Kammergericht, haben dem sogenannten Complementair das Stimmrecht verfugt. Eine weitere Frage ist die, ob in der Versammlung, welche die Genehmigung zur Einlage zu ertheilen hat, überhaupt nur diejenigen Gesellschafter stimmberechtigt sind, welche baare Einlagen machen, oder ob nur derjenige Gesellschafter von der jedesmaligen Abstimmung ausgeschlossen ist, über dessen Einlage befinden wird, dergestalt, daß er stimmt, wenn zwar bereits über die nicht baaren Einlagen anderer Commanditäre abgestimmt worden war. Wenn es im Art. 180, Abschnitt 2 heißt: „Der Gesellschafter, welcher die Einlage macht oder sich befondere Vortheile ausbedingt, hat bei der Beurteilung kein Stimmrecht“, so läßt sich aus dem Gesetz die Frage nicht unmittelbar entscheiden. Eine Abhandlung des Advocaten Hesse II. zu Köln (Dr. Löhr's Cartel-Organ, Bd. 3, S. 205 ff.) erörtert diese höchst praktische Frage und gelangt zu dem Ergebnis, daß der Commanditist von der Abstimmung nur dann ausgeschlossen ist, wenn es sich um die Genehmigung seiner eigenen nicht baaren Einlage handelt.“

△ Brieg, 17. Juni. Der heutige Röß- und Viehmarkt war sehr schwach besucht. Pferde waren nur an 600 Stück, darunter an 100 Luxus-pferde aufgeführt; Preis mittel. An Rindvieh waren circa 900 Stück, darunter etwa nur 40 Stück Mastvieh, und Strangochsen 500 Stück aufgetrieben; Preis niedrig, Kauflust gering. Viehmarkt hörte ich Futtermangel als Ursache des Verkaufs angegeben. Von Schwarzbier waren etwa 1200 Stück vorhanden, fast nur mageres und Jungvieh, setzes etwa 25 Stück; Preis sehr hoch. Schafe in 5 Herden gegen 800 Stück, Ziegen 20 Stück. An Arbeitswagen und Ackergeräthen und Maschinen gewinnt der hiesige Markt immer mehr an Ausdehnung, und waren mehr als 100 Stück (viele davon verkauft), Luxuswagen 4 Stück aufgestellt.

△ Brieg, 17. Juni. Der heutige Röß- und Viehmarkt war sehr schwach besucht. Pferde waren nur an 600 Stück, darunter an 100 Luxus-

pferde aufgeführt; Preis mittel. An Rindvieh waren circa 900 Stück,

darunter etwa nur 40 Stück Mastvieh, und Strangochsen 500 Stück aufge-

trieben; Preis niedrig, Kauflust gering. Viehmarkt hörte ich Futtermangel als

Ursache des Verkaufs angegeben. Von Schwarzbier waren etwa 1200 Stück

vorhanden, fast nur mageres und Jungvieh, setzes etwa 25 Stück; Preis sehr

hoch. Schafe in 5 Herden gegen 800 Stück, Ziegen 20 Stück. An Arbeits-

wagen und Ackergeräthen und Maschinen gewinnt der hiesige Markt immer

mehr an Ausdehnung, und waren mehr als 100 Stück (viele davon verkauft), Luxuswagen 4 Stück aufgestellt.

Seiffert in Rosenthal.

Heute Mittwoch:

Großes orientalisches Gartenfest,

bei brillanter Illumination der sämmtlichen Anlagen, die, im schönsten Rosenhof, in Folge eines künstlichen Reflexes durch 15,000 Flammen erleuchtet erscheinen;

Harmonie-Concert,

Restauration à la carte, gemengte Speise von 6 Uhr ab. Lagerbier vom Eis.

Anfang des Concerts 4 Uhr. Entrée à Person 3 Sgr.

Bei ungünstigem Wetter findet das Concert im neu erbauten Winter-Saale statt.

Es wird höflichst eracht, keine Hunde mitzubringen.

Omnibusfahrt von 2 Uhr ab.

[Ausbruch der Kinderpest in Preußen.] Das „Erfurter Kreisblatt“ vom 13. d. M. bringt ähnlich zur öffentlichen Kenntniß, daß die Kinderpest nun auch in Preußen, und zwar im Kreise Erfurt, Dorf Bechstedtwag, am 8. Juni ausgebrochen ist.

Schützen- und Turn-Zeitung.

§ [Zwei Turnfeste.] Das Gauturnfest des mittelschlesischen Turngaues, dessen Vorort seit Ostern dieses Jahres Brieg geworden ist, wou auch unsere beiden hiesigen Turnvereine gehörten, wird wohl den ersten Sonntag in den Ferien (also aller Wahrscheinlichkeit nach am 21. Juli) abgehalten werden. Hoffentlich werden die Vereine, welche zu diesem Gaue gehören, recht zahlreich dort erscheinen, aber nicht blos erscheinen, sondern auch thätigen Anteil am Turnen nehmen, um zu zeigen, daß es ihnen Ernst ist, zu turnen. Dieses Fest wird, wie wir hören, nur auf einen Tag beschränkt bleiben. — Der mittelschlesische Gebirgsturngau, umfassend die Turnvereine zu Altwaßser, Charlottenbrunn, Grasdorf, Frankenstein, Freiburg, Göttlesberg, Münsterberg, Nippitz, Reichenbach, Striegau, Waldenburg, setzt sein Gauturnfest, welches im vorigen Jahre bereits abgehalten werden sollte, nächsten Sonntag den 23. d. M. in Striegau und wird das Programm dazu wohl schon vollendet sein. So viel wir in Erfahrung gebracht haben, wird das Fest nur auf einen Tag beschränkt und so einfach als möglich abgehalten werden. Beide Maßregeln können wir nur billigen; hoffentlich werden die Striegauer und Striegauerinnen es sich dennoch nicht nehmen lassen, häuser und Fenster durch Blumenstrudel zu verschönern, um so den Turnerin ein freundliches „Gut Heil“ zu wünschen; haben ja viele der selben in vorjährigen Jahren eine ernsthafte Arbeit auf den Schlachtfeldern Böhmens zu vollbringen gehabt.

Ober-Glogau. Bei dem in der Zeit vom 10. bis 16. d. M. stattgefundenen Ringfesten der hiesigen Schützengilde erlangte die Königs-würde der Herr Seifensiedermeister und Schützenvorsteher Musalla, die erste Marschallwürde der Herr Brauemeister Suchan und die zweite der Herr Kaufmann und Schützenälteste Willert.

Sprechsaal.

pp. Zur Ferienfrage.

Sowohl Lehrer als Schüler sind häufig jetzt im Gespräch darüber, wann die Ferien beginnen? — Nach ministerialer Ordre sollen die Ferien am Freitag dererjenigen Woche beginnen, in welche der 15. Juli tritt. Da nun der 15. Juli Montags trifft, so würden sie Freitag den 19. Juli zu beginnen haben und bis Dienstag den 20. August dauern. Jedenfalls ein sehr später Termin. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir berichten, daß in Niederschlesien und in der Mark Brandenburg die Ferien immer zeitiger fallen, ja in letzteren verlaufen die Ferien schon am 6. Juli beginnen. Wäre es nicht einmal an der Zeit, die Ferienfrage gründlich zu regeln und an allen Lehranstalten die Ferien gleichmäßig einzutreten zu lassen. Seit mehreren Jahren wird diese Frage ventiliert; ist es denn so schwer, sie zum Abschluß zu bringen? — Uns erscheint der Termin des Anfangs der Ferien am 19. Juli zu spät, auf eine Woche früher kann es nicht ankommen. Wenn der Schluss der Ferien erst am 20. August ist, werden die Lehrer bis zu den Michaelis-ferien veranlaßt, die Ferien gleichmäßig einzutreten zu lassen. Seit mehreren Jahren wird diese Frage ventiliert; ist es denn so schwer, sie zum Abschluß zu bringen? — Uns erscheint der Termin des Anfangs der Ferien am 19. Juli zu spät, auf eine Woche früher kann es nicht ankommen. Wenn der Schluss der Ferien erst am 20. August ist, werden die Lehrer bis zu den Michaelis-ferien veranlaßt, die Ferien gleichmäßig einzutreten zu lassen. Seit mehreren Jahren wird diese Frage ventiliert; ist es denn so schwer, sie zum Abschluß zu bringen?

Abend-Post.

* * Liegnitz, 18. Juni. [Zur Ankunft des Königs.] Nach einer so eben an das hiesige königl. Regiments-Commando eingegangenen Benachrichtigung des königl. Hofmarschall-Amtes in Berlin, trifft Se. Majestät der König am 27. d. M. Abends 6 Uhr mittels Extrazuges hier ein und wird an denselben Abende dem von den Landständen veranstalteten Balle in der königl. Ritter-Academie beiwohnen. Die übrigen Festlichkeiten finden erst am 28. statt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Juni. Die „Presse“ meldet: Der Kronprinz von Italien wird nächste Woche hier erwartet. In Diplomatenkreisen wird der Besuch als Einleitung zur Wiederanknüpfung intimer Beziehungen zwischen beiden Fürstenhäusern angesehen, die durch das Zusammentreffen der Souveräne in Paris besiegt werden soll. — Sämtliche Blätter äußern ihre Zustimmung der gestrigen Regierungsvorlagen im Abgeordnetenhaus. (Wolff's L. B.)

Wien, 18. Juni. Die „Börsenz.“ versichert nach zuverlässiger Mittheilung, Napoleon habe die Einladung nach Berlin bestimmt angenommen; er werde im Oktober kommen. (Wolff's L. B.)

Wien, 18. Juni. Der König und die Prinzen reisen am 27. d. M. nach Liegnitz und kehren wahrscheinlich schon am 28. Abends zurück. (S. d. Nachricht aus Liegnitz unter „Abendpost“.) (Wolff's L. B.)

Paris, 18. Juni. Der „Moniteur“ meldet: Rheumatische Schmerzen zwangen den Kaiser, zwei Tage lang das Bett zu hüten; gegenwärtig ist derselbe vollkommen wiederhergestellt. (Wolff's L. B.)

Nom, 18. Juni. Auf die Glückwünsche der Bischöfe zur Jahresfeier seiner Thronbesteigung erwiederte der Papst: er habe während seines Pontifikates kämpfen müssen gegen allerhand Feinde der Religion und der Ordnung, welche ausschließlich die Förderung des materiellen Wohlbesindens, den Umturz von Autorität, Religion und Gerechtigkeit, sowie die Veräußerung der Kirche erstreben; er habe die Verirren durch die Encyclica wieder sammeln wollen. Verdoppelt also — so schloß er — die Gebete, damit Gott und die heilige Jungfrau uns vor schweren Gefahren bewahren, und schaaret euch um mich zu gemeinsam Kampfe und gemeinsamem Triumphhe. (Wolff's L. B.)

Warschau, 18. Juni. Die Kaiserin ist gestern Abend 8 Uhr, der Kaiser heut Vormittag 10 Uhr eingetroffen. Enthusiastischer Empfang des Volkes: Schmuck der Nationalflaggen, Abends großartige Illumination. (Wolff's L. B.)

Petersburg, 18. Juni. Großfürst Constantin nebst Familie reisen im Laufe des Juni nach Kopenhagen. Die polnische Bevölkerung des Gouvernements Kiew beabsichtigt, wegen der Amnestie eine Dankadresse an den Kaiser zu richten. (Wolff's L. B.)

New York, 17. Juni. Maximilian verlangte seine Aburtheilung durch den Nationalcongres. Die Verbannung ist wahrscheinlich. (Wolff's L. B.)

Telegraph

Als Verlobte empfehlen sich: [6547]
Helene Groß,
Adolph Silbermann.
Guttagt. Peitschensham.

Heute wurden wir durch die Geburt eines Sohnes erfreut. [1872]
Schweidnitz, den 18. Juni 1867.
Max Hirschfeld und Frau, geb. Cohn.
Heut Morgen 8 Uhr wurde meine liebe Frau Necha, geb. Mühlendorff, von einem gefundenen Mädchen glücklich entbunden. Breslau, den 18. Juni 1867. [6525] Louis Hahn.

Statt besonderer Meldung.
Heute Morgen 4 Uhr beschentete mich meine liebe Frau Zonte, geb. Leitgeb, mit einem gefundenen kräftigen Jungen. [1862]
Polanowitsch pr. Pitschen OS., 17. Juni 1867.
Paul Verka, Gutsbesitzer.

Heut Nachmittag 2 Uhr wurde meine liebe Frau Agnes, geb. Marmelstein, von einem gefundenen Knaben glücklich entbunden. Friedeberg a. O., den 17. Juni 1867. [1861] Müller, Kreistrichter.

Am 16. d. M. verschied nach langen Leiden unser geliebter Bruder und Schwager, der Wirthschafts-Inspector Brudsch in Heimendorf bei Stroppen. Dies zeigen allen lieben Verwandten und Freunden in tiefster Betrübnis ergebenst an: Die Hinterbliebenen. Breslau, den 17. Juni 1867. [6527]

Todes-Anzeige. [6548]
Nach Gottes unerhörlichem Rathschluß wurde heut Morgen 6½ Uhr unsere heure, unvergleichliche Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, in aller Traubal unsre treue, unermüdliche Stärke und Erfahrung, die vermittelte Frau Kaufmann Auguste Kunze, geb. Kriegel, im Alter von 58 Jahren nach langen Leiden in ein besseres Jenseits abgerufen. Diese traurige Anzeige widmen wir allen Verwandten und Freunden, mit der Bitte um stillle Theilnahme. Breslau, den 17. Juni 1867. Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Den am 17. d. M. durch einen Unglücksfall plötzlich erfolgten Tod ihres heuren Satten und Vaters, des Königl. Justizrats Otto, zeigten Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung mit der Bitte um stillle Theilnahme an. [1873]

Emma Otto, geb. Kriegel.
Hermann Otto, als Kinder.
Paul Otto, als Kinder.
Meissen, den 17. Juni 1867.

Familien-Meldungen.
Verlobungen: Fr. Lina Krage in Sanne bei Arendsee mit Hrn. Franz Hampe in Sanne bei Arendsee, Fr. Mathilde Heydemann in Treptow mit Hrn. Ludwig Moennich auf Selpin, Fr. Sophie Dahlmann in Gebäckendorf mit Hrn. Prem. Lieut. Conrad Krell in Landsberg a. W.

Chel. Verbindungen: Herr Landrath Gujlab v. Göhler mit Fr. Mathilde v. Simpson in Darleben, Hr. Gerichts-Assessor Cromé mit Fr. Marie Schöppfer in Halberstadt.

Geburten: Ein Sohn Herrn Hermann Neumann in Berlin, Hrn. H. v. Belling in Bial, Hrn. Prem. Lieut. v. Klein in Gerlaßheim, Hrn. Musillehrer E. H. Ebeling in Neuzelle, eine Tochter Hrn. Diebereich in Schmölln, Hrn. Pastor J. Gensichen in Trepeln. Todesfälle: Frau Christiane Henriette Geißler, geb. v. Modrach, im 85. Lebensjahr in Holzdorf, Hr. Robert v. Diezelstädt in Merseburg, Hr. Rudolph v. Reußel in Schwerda, Hr. v. Wangenhein-Winterstein im 75. Lebensjahr in Erfurt, Frau Marie Binde, geborene Annaus, in Süß.

Saison-Theater im Wintergarten. Mittwoch, den 19. Juni. "Krethi und Pletbi." Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 9 Bildern, nach A. Verla von D. Kalisch. Musik von A. Conrad.

Anfang des Concerts 4 Uhr.

Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Donnerstag, den 20. Juni. Erstes Gaftspiel des Herrn Emil Thomas, vom Thalia-Theater in Hamburg. 1) "Ihr Netter."

Schwank mit Gesang in 1 Akt von Dom. Musik von Lang. 2) "Der Präsident." Original-Lustspiel in 1 Akt von W. Kläger.

3) "Künstler-Photographien." Schwank mit Gesang von Drost.

Or. Schweidnitz. □ z. w. Eintracht. 24. VI. 4. St. Joh. F. u. T. □ I.

H. 21. VI. 6½. R. □ I.

Gefährts-Gesuch.
Ein israel. junger Mann sucht eine Lebensgesellschaft, welche einiges Vermögen oder einen Erwerb besitzt. Offerten sub B. H. 63 befürdet die Exped. der Bresl. Ztg. [6544]

Singakademie.
Heute Versammlung. Da das Stiftungsfest nahe bevorsteht, bitte ich ergebenst um recht zahlreiche Beteiligung. Schaeffer.

Nervöser Kopfschmerz
(Migraine) wird durch das Mittel von Dr. v. d. Welde, Districtsarzt zu Hrl. a. d. Mosel, schnell und sicher besiegt. Preis 1½ Thlr. Bestellungen franco. [5580]

Radicale Heilung
von Blutgeschwüren wie Blutdrömämmen, Gräßbeutel, Spiegelwächsen &c. ohne Operation, beim Wund- u. Zahnsarzt Görner in Gräß, Breitestraße Nr. 25. [1863]

Wein-, Liqueur- u. Cigarrer- Etiquets [4497]
empfiebt in größter Auswahl billigst das lith. Inst. M. Lemberg, Rohmarkt 9.

Carl Schwenke's Garten,
Matthiasstraße Nr. 16,
Mittwoch den 19. Juni:
1. großes Garten-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des königl. Leib-Kürassier-Regiments Nr. 1, unter Direction des Stabstrompeter Herrn Grube.
Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.
Rühmwerthe Speisen und Getränke werden unter schattigen Kastanien die verehrten Gäste erquickten. [6531]

Humanität.
Täglich
Concert
von der Kapelle des Musikkirectors Herrn A. Kuschel. [5992]
Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

Belt-Garten.
Heute [5462]
Großes Militär-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des kgl. 4. Niederschl. Infanterie-Regts. Nr. 51 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn A. Börner.
Anfang 7 Uhr.

J. Wiesner's Brauerei,
Nikolaistraße Nr. 27, im goldenen Helm.
Heute [5461]
Großes Garten-Concert,
ausgeführt von der Helmkapelle unter Leitung des Kapellmeisters Herrn F. Langer.
Anfang 6½ Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Concerte im Saale statt.

Zoologischer Garten.
Heute Mittwoch: [5375]
Großes Concert

von der Kapelle des 3. Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Loewenthal.

Eintrittspreis 2½ Sgr. für Erwachsene und 1 Sgr. für Kinder unter 10 Jahren.
Eintrittspreis für das Concert die Person (ohne Ausnahme) 1 Sgr., Kinder frei.

Eichen-Park in Pöpelwitz.
Heute Mittwoch: [6533]
Militär-Concert

von der Kapelle des 1. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 10, unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn Herzog.
Anfang 4 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

Got bei Benthen OS.
Donnerstag den 20. Juni:
Großes Concert

von den vereinigten Musikkören der Friedrichshütte und Friedrichsgrube unter Leitung des Kapellmeisters C. Winkler. [1859]

Salon Agoston,
vis-à-vis von Weberbauer.

Heute Dienstag, den 18. Juni, findet eine große Vorstellung statt. Anfang 8 Uhr.

Billets sind den ganzen Tag über an der Kasse, sowie bei den Herren A. Ehrlisch, Nikolaistraße Nr. 13, und L. A. Schlefinger, Blaschplatz 10/11, zu haben. [6010]

Bei G. C. Orthaus in Leipzig sind erschienen und von denselben direct gegen Einladung des Betrags, sowie von jeder Buchhandlung zu beziehen: [6029]

Dr. J. L. Curtis, prakt. Arzt in London, berühmte medicinische Schriften.

Der ärztliche Führer zur Ehe.

Belehrungen über moralische Zwecke und erlaubte Freuden derselben, sowie über Vermeidung und Befreiung ihrer phys. Schwierigkeiten. 8. br. 10 Sgr.

Die Mannheit.

Die Ursachen ihrer vorzeitigen Abnahme und Belehrungen über ihre vollständige Wiederherstellung.

6. verm. Auflage. 8. br. 20 Sgr.

[1457] Bekanntmachung.

Auf dem hiesigen Posthaltereihofe, Klosterstraße Nr. 2, wird den 24. d. Mts. 9 Uhr Borm. ein ausrangirter vierstelliger Personen-Post-Wagen öffentlich meistbietend verkauft werden.

Breslau, den 12. Juni 1867.
Königl. Post-Amt.
Nitzeke.

[1864] Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Gruben-Repräsentanten Bergmeister Schmidt werde ich auf der Fauta-Grube bei Schwientochlowitz

Mittwoch, den 3. Juli d. J., Mittag 12 Uhr meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkaufen:

fünf Stück diverse alte Dampfkessel, ferner, unter Bedingung des sofortigen Abbruches:

zwei Maschinen-Gebäude mit dazu gehörigen zwei Schornsteinen.

Das eine der Maschinen-Gebäude ist von Holzwert, das andere massiv.

Tarnowitz, den 17. Juni 1867.
Draese, Bergverwalter.

Auction. [1442]

Montag, den 24. Juni d. J. und die folgenden Tage Bormittags von 9—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr sollen im Local des Montirungs-Depots — Dominikaner-Platz Nr. 3 — meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden:

Mäntel, Waffenrocke, Hosen, Stiefel, Mantelsäcke, Wollachs, Sättel, Tornister, Leder u. Reitzeugstücke &c.

Breslau, den 11. Juni 1867.

Königliches Montirungs-Depot.

Niederschlesische Zweigbahn.

Die Einlösung der fälligen Coupons unserer Prioritäts-Obligationen und Prioritäts-Stamm-Aktionen, sowie der verloosten Prioritäts-Obligationen erfolgt vom 1. Juli d. J. an durch unsere Haupt-Kasse hier selbst und vom 1. bis 15. Juli d. J. in Berlin durch die Herren Brüder Zeit u. Co., in Breslau durch den Schlesischen Bank-Verein gegen Einreichung der Coupons resp. Obligationen, welche mit einem Verzeichnis zu versehen sind. Breslau, 15. Juni 1867. [5984]

Die Direction.

Ein Theil der
Erdarbeiten und Brückenbauten
der Märkisch-Posenen Bahn soll baldigst vergeben werden. Die Zeichnungen und Submissions-Bedingungen sind in meinem Bureau, Jägerstraße Nr. 22, einzusehen. Offerten werden nur bis zum 1. Juli d. J. angemessen. Berlin, den 15. Juni 1867. [1848]

Die Direction.

Unser Geschäftslodal befindet sich vom heutigen Tage Schlossstraße Nr. 1 im Dyhrenfurth'schen Hause. Breslau, 19. Juni 1867. Albert Sachs & Co.

Trebnitz-Zdunyher Actien-Chaussee.

Donnerstag den 4. Juli d. J., früh 10 Uhr, wird die gewöhnliche General-Ber-sammlung im Hotel des Herrn Blasche hier abgehalten. Die Herren Actionäre werden zu derselben unter Hinweisung auf die §§ 33 bis 36, 41 bis 43 des Statuts ergebenst eingeladen. Breslau, den 8. Juni 1867. Das Directorum. [1779]

Mutua Confidentia.

Veranlaßt durch die günstigste Wirkung, welche obige Gesellschaft in Holland erzielte, hat sich die Direction derselben entschlossen, dieses auf einem ganz neuen Princip beruhende Unternehmen auch in Deutschland zu etablieren und erlaubt sich zum bestern Verständnis zu bemerken, daß der Zweck der Mutua Confidentia ist, ihren Mitgliedern zur Erlangung von Forderungen an sämige Schulden ohne gerichtliche Verfolgung und ohne alle Kosten für beide Parteien zu verhelfen und andererseits dieselben vor Verlusten durch gegenwärtige Mittheilung der unsoliden Schulden zu schützen.

Die bedeutendsten Firmen Amsterdam's und Rotterdam's, welche schon in mehreren hiesigen Zeitungen bekannt gemacht (und zur Einsicht bei unseren Agenten liegen), haben sich von der vortheilhaftesten Wirksamkeit der Mutua Confidentia überzeugt und rathen davon.

Circulare und jede gewünschte Auskunft werden auf frankirte Anfragen von der Direction und von den Herren Agenten ertheilt.

Die Direction

Wys Muller & Co. in Köln und Amsterdam.

Haupt-Agent für Breslau, Neisse, Gleiwitz, Grünberg, Görlitz, Goldberg, Hirschberg, Neurode, Schweidnitz, Waldenburg, Reichenbach, Langenbielau

Max Raphael in Breslau,

Bahnhofstraße 10.

NB. Den Herren Kaufleuten, denen Circulare zugegangen sind und die mir die Beitrittserklärung noch nicht eingesandt haben, werden darum höflichst erucht, da ihnen alsdann erst die Listen zugehen können. [5349]

Max Raphael.

Nehse's Hotel vorm. Röhnel.

Nr. 9 Alte Taschenstraße Nr. 9.
Hierdurch erlaube ich mir dem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum obiges Hotel mit seinem comfortable eingerichteten Fremdenzimmern nebst elegantem Restaurant zu geneigter Beachtung zu empfehlen.

Für vortreffliche Küche à la carte, gute Weine und Biere, sowie eine preiswerthe table d'hôte Mittags 1 Uhr ist bestens georgt.

Zu Hochzeiten und anderen Festlichkeiten offerire ich elegante Salons; Bestellungen zu Dejeuners, Dinners, Souper's in wie außer dem Hause werden jederzeit angenommen; auch ist die Einrichtung getroffen, daß Herrschaften in einem separaten Saal speisen können. [6020]

Ich empfehle auch dieses Jahr wieder alle Sorten

Natürliche Mineralwasser, welches ich durch die Vermittelung des Mineralwasser-Versendungs-Comptoirs von

J. F. Heyl & Comp. in Berlin

in wöchentlichen Zusendungen und frischester Füllung direct von den Quellen erhalten.

Gustav Friederici, Schweidnitzerstraße Nr. 28. [5950]

E. Schäche, Albrechtsstr. 6, Eingang Schuhbrücke.

Großes Lager fertiger Schuhe und Stiefeln, sowohl für Herren als auch für Damen zu möglichst billigen Preisen. Bestellungen werden prompt ausgeführt; bei Bestellungen von außerhalb werden des Passens wegen Probeschuh erbeten. [5481]

E. Schäche, Schuhmacherstr., Albrechtsstr. 6, Eingang Schuhbrücke.

Wirklicher Ausverkauf von Rosshaarröden, Rosshaarstoffen, Roshaar-Tourniers, Roshaarbinden, Roshaar in verschiedenen Farben, Gaze, Bade- und Trottendhütchen, werden wegen Aufgabe des Geschäfts, um schnell damit zu räumen, zu Fabrikpreisen verkauft bei

C. E. Wünsche, Ohlauerstraße 24.

offert zu zeitgemäß billigen Preisen unter Garantie des Gehaltes auf Grund der Analysen im Preis-Courant.

Gedämpftes Knochenmehl Nr. 1 s. fein.

Knochenmehl, mit 25 pCt. Schwefelsäure.

Präparirt.

